

dpc

Antifa

Antifaschistische Zeitung

Für das nördliche Ruhrgebiet

[1988]



Verbot der FAP!

Heft 11

2. Jahrgang

DM 1.00



MR
FENZ
SCHE
N!

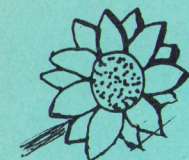
IN DER
TÜRKEI

Freiheit für

Sargin u. Kutlu

ANZEIGE

Sonnenblume



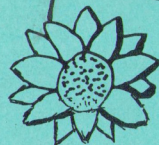
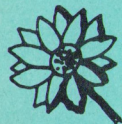
Springstr. 2
am Hauptbahnhof

...täglich frisches Brot & Brötchen

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...

Montags bis Freitags: 9- 18 und
Samstag: 9- 13 Uhr

Naturkost



ANZEIGE

Holzworm

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG

Impressionen von der Stadt-Konferenz der Jusos

Internationaler Währungsfond

Im
April:

Antifaz

Antifaschistische Zeitung
Für das nördliche Ruhrgebiet

[1988]



Verbot der F.A.P.!

Heft 11 2. Jahrgang DM 1.00



MR
RECKLINGHAUSEN

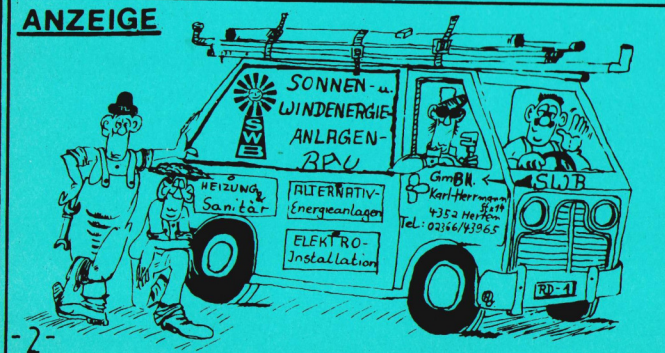
IN DER
TÜRKEL

Freiheit für Sargin u. Kutlu

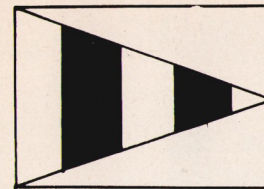
IN DIESEM HEFT

Einleitung	-3-
Aufruf des Komitees "Freiheit für Sargin u. Kutlu".....	-4-
Solidaritätsveranstaltung des Komitees "Kutlu/Sargin"..	-5-
Antifaschistisches Bündnis Dülmen gegründet.....	-8-
Brief der Stellvertr. Dülmener Bürgermeisterin.....	-9-
Grußbotschaft der K.K.D.K (Kurdische Frauen).....	-10-
Kostenabrechnung der Anti-Skinhead-Demonstration.....	-11-
NPD-Treffen verhindert.....	-12-
Brief an Reckl. GastwirtInnen.....	-13-
Impressum.....	-14-
M. Kühnen aus der Haft entlassen.....	-15-
"Nazis kotzen uns an".....	-17-
Blick nach draußen.....	-18-
Veranstaltung mit B. Brinkmann.....	-25-
Öko-Rechte.....	-26-
Bürgerantrag Oberhausen.....	-28-
Aufruf Autonome Gruppen.....	-29-
Flüchtlinge in Deutschland (Komitee Datteln).....	-30-
Interview mit ULRICH LEICHT.....	-32-
Recklinghäuser FRAUENPLENUM-Veranstaltung 8. März.....	-34-
Pin-Wand.....	-35-

ANZEIGE



**Briefe
an die
Redaktion
SIND ERWÜNSCHT !!**



Einleitung

Aller "Anfang" ist schwer. Auch wenn wir im eigentlichen Sinne nicht mehr am Anfang stehen - immerhin ist dies die 11. Ausgabe der **ANTIFAZ** - so bedeutet so ein Schritt wie der Aufbau einer antifaschistischen Zeitschrift für das ganze Ruhrgebiet doch einen großen Schritt der Veränderung. Und mit diesem Schritt stehen wir eben noch ganz am Anfang. Aber wir sind Optimisten, und die Kontakte zu weiteren Städten im Ruhrgebiet nehmen, wenn auch etwas mühselig, langsam zu.

Wir haben inzwischen eine ganz gute Zusammenarbeit mit Dortmund, auch erste Kontakte zu Herne, Gelsenkirchen und Datteln, ausgezeichnete Kontakte zum Raum Dülmen-Coesfeld-Nottuln, aber leider noch kaum Verbindungen zu Bochum, Essen, Bottrop, Witten, Hattingen.

Auch die rheinische Schiene (Oberhausen, Duisburg, Mülheim) hat wohl das Projekt **ANTIFAZ** nicht sehr zur Kenntnis genommen. Unser Wunsch an die Antifaschistinnen in diesen Gebieten: Nehmt Kontakt zu uns auf, schreibt uns, schickt Kritiken und Berichte, sucht "Kommunalreporter" für die **ANTIFAZ**.

Nicht erst die Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit insgesamt 4,5% der Stimmen für die unterschiedlichen neofaschistischen Gruppierungen machen uns deutlich, daß die Rechtsbewegung in diesem Lande weiter zunimmt.

Auch daß sich nach über acht Jahren der Erzreaktionär Strauß für die zur Zeit des Bundestagswahlkampfes 1980 durch die VOLKSFRONT betriebene Gegenauflklärung gründlich rächen konnte und den damaligen Geschäftsführer ULRICH LEICHT erneut mit über 12000 DM zur Kasse bitten kann, ist ein Zeichen dieser Entwicklung.

Wir müssen uns als Antifaschistinnen und Menschen, die für Völkerverständigung eintreten, klarmachen, daß uns der Wind ins Gesicht weht. Manche, die über Jahre in Initiativen und Projektgruppen gearbeitet haben, sehen keine Perspektive mehr: So löste sich vor kurzem in Recklinghausen die INITIATIVE GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT auf, die seit über fünf Jahren bestanden hatte und sehr gute Beiträge zum Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit geleistet hatte. Schade!

TROTZ ALLEDEM: Es ist wichtig und lebensnotwendig, diesen Kampf fortzusetzen. Und deshalb hier abschließend der Appell an alle ANTIFASCHISTINNEN UND ANTIFASCHISTEN IM RUHRGEBIET:

Stärkt den Aufbau der **ANTIFAZ** ! !

Freiheit für Sargin u. Kutlu

SEIT DEM 16. NOVEMBER 1987 SIND DIE GENERALSEKRETÄRE DER ARBEITERPARTEI DER TÜRKIE (TIP) UND DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKIE (TKP), DR. NİHAT SARGIN UND HAYDAR KUTLU NACH IHRER RÜCKKEHR IN DIE TÜRKIE VERHAFTET UND IN HAFT GEFOLTERT WORDEN.

DIE TÜRKIE IST EIN LAND, DAS EINEN BEITRITTSANTRAG ZUR EG GESTELLT HAT. GLEICHZEITIG IST DIE TÜRKIE EIN LAND MIT IMMER NOCH 20 000 POLITISCHEN GEFANGENEN, VERBOTENEN GEWERKSCHAFTEN, VERBOTENEN FRAUEN-, JUGEND-, BAUERN-, BERUFS-, UND FRIEDENSVERBÄNDEN !

DIE TÜRKIE IST AUCH DAS EINZIGE LAND IN EUROPA, IN DEM SOZIALISTISCHE PARTEIEN VERBOTEN SIND. AUF DER GRUNDLAGE DIESES VERBOTES IST IN DEM BEVORSTEHENDEN PROZESS GEGEN DIE BEIDEN SEKRETÄRE IHR LEBEN ERNSTHAFT BEDROHT.

DIE TÜRKIE GEHÖRT ZU DEN 51 GRÜNDUNGSMITGLIEDERN DER VEREINTEN NATIONEN. SIE HAT AUCH DIE MENSCHENRECHTSDEKLARATION DER VEREINTEN NATIONEN UNTERZEICHNET, AUSSERDEM DIE EUROPÄISCHE MENSCHENRECHTSKONVENTION SOWIE DIE SCHLUSSAKTE VON HELSINKI.

DESSEN UNGEACHTET WERDEN IN DER TÜRKIE DIE RECHTE UND FREIHEITEN, DIE IN DIESEN VEREINBARUNGEN UNTERSCHRIEBEN WURDEN, NICHT EINGEHALTEN. DIES GILT INSBESONDERE FÜR DIE MEINUNGS- UND ORGANISATIONSFREIHEIT (ARTIKEL 18, 19 UND 20 DER MENSCHENRECHTSDEKLARATION).

UNTER DIESEN BEDINGUNGEN IST DAS VORHABEN VON DR. SARGIN UND H. KUTLU, IN DER TÜRKIE GEMEINSAM EINE VEREINIGTE KOMMUNISTISCHE PARTEI (TKP) LEGAL (D.H. Z.B. MIT DEM RECHT, FREI UND UNGEHINDERT AN WAHLEN TEILZUNEHMEN) ZU GRÜNDEN, VON NICHT GERINGER BEDEUTUNG FÜR DEN DEMOKRATISIERUNGSPROZESS IN DER TÜRKIE !

INZWISCHEN IST EINE BREITE SOLIDARITÄTSMANIFESTATION IN EUROPA UND AUCH IN DER BUNDESREPUBLIK ENTSTANDEN, DIE FÜR DIE FREILASSUNG VON SARGIN UND KUTLU EINTRITT.

NEBEN ZAHLREICHEN MITGLIEDERN DES BUNDESTAGES, PFARRERN, RECHTSANWÄLTEN, MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN WIE AMNESTY INTERNATIONAL, NEBEN BEKANNTEN PERSÖNLICHKEITEN (B. ENGHOLM, G. WALLRAFF, F. ALT, J. STRASSER, W. BIERMANN, F.J. DEGENHARDT, U.V.A.) HAT SICH AUCH IN RECKLINGHAUSEN EINE INITIATIVE AUS VERSCHIEDENEN EINZELPERSONEN, INITIATIVEN UND PARTEIEN ZUSAMMENGESCHLOSSEN, UM DIESE SOLIDARITÄTSMANIFESTATION ZU VERBREITERN.

UNTERSTÜTZER :

INITIATIVE GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT, DIE GRÜNEN, GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT, FRIEDENSINITIATIVE RE-WEST, DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI, DEUTSCH-TÜRKISCHER VEREIN, JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD, TÜRKISCHER ARBEITERVEREIN, ANTIFASCHISTISCHER BUND, SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND, HOLZWURM, ACHIM DIONISIUS, GISEBERT BULTMANN (RECHTSANWALT), CHRISTIAN SCHRÖDER, HANS-WERNER TSCHIRCH (PFARRER), WOLFGANG TSCHENTSCHER (LEHRER), ÖMER TÜRK (MITGLIED FIDEF-VORSTAND), GÜNTER ISEMAYER (PRESSESPRECHER D. RUHRFESTSPIELE).

SOLIDARITÄTSKONTO: NR. 195519897, BLZ 42650030, STADTSPARK. RE

SOLIDARITÄTSMANIFESTATION DER INITIATIVE FREIHEIT FÜR SARGIN UND KUTLU



Etwa 80 Menschen waren am 11. März in die Recklinghäuser ALTSTADTSCHMIEDE gekommen, um sich das weitere Schicksal der beiden verhafteten Generalsekretäre zu informieren.

Der Sprecher der "Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten" (I.S.P.E.), Ali Söylemezoglu, und Gisela Parwez, ein Mitglied der ersten Begleitdelegation für Kutlu und Sargin, waren als Referenten geladen.

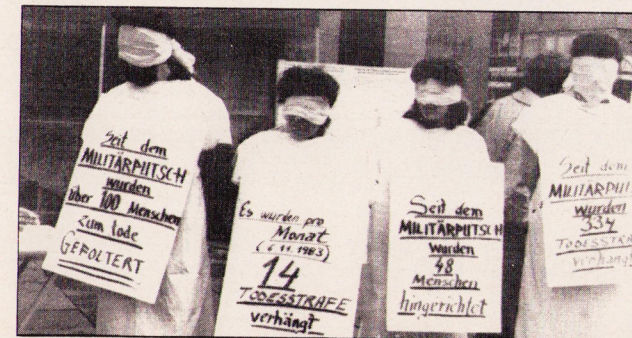
Nachdem Bahattin Erdem für die Recklinghäuser Initiative die Ver-

sammelten begrüßt hatte, verlas Martin Uphoff von der "Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit" eine Protestresolution, die aus aktuellem Anlaß spontan geschrieben worden war.

Ein fast unglaublicher Vorfall in Recklinghausen war der Anlaß: Am Vortag hatte das "verdiente SPD-Mitglied" Willi Werner, langjähriges Ratsmitglied, Träger des Stadtmedaillen, Schöffe und sachkundiger Bürger im Feuerwehrausschuß, auf einer öffentlichen Sitzung verkündete, "die Türken sollen ruhig verbrennen." Er hatte sich auch durch den Widerspruch seiner Tischnachbarn nicht davon abbringen lassen.

Die Versammelten verabschiedeten nach kurzer Diskussion die nachfolgend dokumentierte Protestresolution.

Danach referierten die beiden Gäste anschaulich, welche aktuelle Entwicklung im Kampf um die Freilassung der beiden Parteisekretäre zu verzeichnen ist.



Bundesrepublik: In den Weihnachtstagen von 1987 Mahnwachen vor den Kirchen

Gisela Parwez erläuterte, welche Bedeutung die Einklagung der Menschenrechte für den Demokratisierungsprozeß in der Türkei hat. Für viele neu war die ausführliche Darstellung der antidemokratischen Gesetze Nr. 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches., welche diejenigen mit Gefängnis nicht unter acht Jahren bis hin zur Todesstrafe bedrohen, die versuchen, die "Herrschaft einer Klasse oder sozialen Schicht zu errichten oder die Grundordnung ändern wollen", und zwar selbst dann, wenn diese Ziele erklärmaßen auf friedlichem Weg erreicht werden sollen.

Auf die Bundesrepublik übertragen würde das etwa bedeuten, daß ein DKP-Mitglied mit dem Tode bestraft würde!



Im Tagungssaal des französischen Parlaments: Eine Initiative für die Errichtung einer zeitgemäßen Demokratie in der Türkei

Diese Gesetze waren 1936 wörtliche Übernahmen aus dem Gesetzeswerk des faschistischen Italiens Mussolinis. Wobei bei Mussolini nur der gewaltsame Umsturz unter Strafe gestellt war, während in

den türkischen Gesetzen auch die friedliche Änderung unter Strafe gestellt ist.

Ali Söylemenzoglo beschrieb weiter, daß die Türkei ihre eigenen Gesetzesvorschriften im Falle Kutlu und Sargin mehrere Male gebrochen hätte. Zum einen seien beide gefoltert worden, des weiteren seien sie erst nach 19 Tagen einem Haftrichter vorgeführt worden. (Normalerweise muß dies in der Türkei nach 48 Stunden geschehen sein)

Gisela Parwez aus Dortmund ergänzte, daß den Mitgliedern der Begleitdelegation bei einem Gespräch mit dem Generalstaatsanwalt schlicht geantwortet worden sei, die beiden seien festgenommen worden, "weil sie schuldig seien". Gisela Parwez berichtete

für viele noch unbekannte Einzelheiten über die Festnahme der beiden auf dem Flughafen von Ankara.

Schon beim Landen konnten sie erkennen, daß der ganze Flughafen

voller Polizei war. Nachdem die normalen Reisegäste abgefertigt gewesen seien, hätte sich die Polizei sofort auf Haydar Kutlu gestürzt. Nihat Sargin wurde etwas später abgeführt.

Beide wurden in Handschellen gelegt und wie Schwerverbrecher weggeführt.

Im anschließenden Gespräch wurde von mehreren Seiten die Notwendig-

keit der Verstärkung der Solidaritätsbewegung hervorgehoben. Für die Mitglieder der Initiative war dieser Abend sicher eine Bestätigung, in ihrem Bemühen nicht locker zu lassen.

Die Tätigkeit soll ausgeweitet werden, eine weitere Aktivität soll schon am 11. April beginnen, und zwar eine Woche der "Menschenrechte in der Türkei".

Das wichtigste Thema auf der Tagesordnung: die Menschenrechte

Protesterklärung

Während die westliche Welt zum 11. März über den sogenannten Anschluß Österreichs reflektiert und selbst Kurt Waldheim im Fernsehen öffentlich für begangenes Unrecht während der Nazi-Diktatur um Entschuldigung bittet, gibt es in Recklinghausen den "verdienten" SPD-Mann Willi Werner, der in aller Öffentlichkeit auf der Sitzung des Feuerwehrausschusses sagt: "Die Türken sollen alle verbrennen."

Wir sind wütend und fassungslos über das Auftreten eines solchen Mannes, der ausgezeichnet mit Bundesverdienstkreuz und großer Stadtplakette, nun sein wahres Gesicht zeigt. Denn, daß es sich dabei nicht um einen "Ausrutscher" handelt, hat

Werner selbst bestätigt, als er auf Intervention seines Tischnachbarn reagierend bestätigt: "Ich bin zu alt, um das (nämlich die Anwesenheit der Ausländer) zu tolerieren."

Das Auftreten eines solchen Mannes, der immerhin 19 Jahre im Rat der Stadt vertreten war, sprengt den Rahmen der in Öffentlichkeit und Politik mittlerweile vielfach zu spürenden Ausländerfeindlichkeit. Werners Äußerung hat deutlich faschistoiden Charakter. Uns überrascht umso mehr, daß Werner während der Nazi-Diktatur als Antifaschist bekannt war.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen derartige rassistische Ausfälle und behalten uns alle möglichen weiteren rechtlichen Schritte vor. Darüberhinaus fordern wir die SPD auf, zu der Äußerung ihres Parteimitgliedes deutlich Stellung zu bezie-

hen. Wir gehen nicht davon aus, daß Volksverhetzung zum Spektrum parteiinterner Meinungen gehört und erwarten deshalb Konsequenzen. Diese müssen über die unmittelbaren Reaktionen auf diesen Fall hinausgehen und in ein verstärktes Engagement gegen Ausländerfeindlichkeit münden.

Wenn - wie der Artikel in der WAZ belegt - von den auf der Sitzung anwesenden SPD-Politikern niemand mehr mit Willi Werner weiter diskutieren wollte, so ist diese Reaktion nur bedingt richtig. Richtig da, wo wir erkennen müssen, daß es immer noch oder schon wieder die sogenannten Unverbesserlichen gibt, die ihre faschistische Gesinnung offen demonstrieren können.

Unzureichend aber, wenn es dabei bleibt, diese Leute unwidersprochen gewähren zu lassen, als sei das nur eine kleine, wenn auch ärgerliche Minderheit, die sich so oder ähnlich äußert.

Willi Werner ist nicht nur ein Reaktionär, den man ansonsten überhören kann, sondern jemand, der mit seinen Äußerungen fruchtbaren Boden zu beackern droht.

Die Äußerung des Herrn Werner trifft in ihrer Menschenverachtung nicht nur die Ausländer, sondern alle Demokraten.

Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
Antifaschistischer Bund Recklinghausen
JuSo AG Ost/Hillen

70 Teilnehmer der Solidaritätsveranstaltung "Freiheit für Kutlu und Sargin"

ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS



ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS DÜLMEN gegründet In den letzten Monaten waren neonazistische Aktivitäten in Dülmen und Teilen des Kreises Coesfeld immer häufiger zu verzeichnen. Offensive und kriminelle Aktivitäten, wie z.B. Wehrsportübungen, Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen, Schmierereien, Verbreitung ausländerfeindlicher Hetzschriften, waren für einige Bürgerinnen und Bürger Grund genug, in Zukunft organisiert gegen diesen sich immer weiter ausbreitenden braunen Ungeist vorzugehen. Am 4. März 1988 wurde das ANTIFASCHISTISCHE BÜNDNIS DÜLMEN aus der Taufe gehoben.

Das AFB ist ein Zusammenschluß von Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Dülmen und Umgebung, die ihre Arbeit darin sehen, sich gegen jede Art von Faschismus, Demokratieabbau, Ausländerfeindlichkeit, Verherrlichung von Gewalt, Verleugnung von Naziverbrechen, Völkermord und Krieg zu wehren.

Anläßlich der Gründung des **ANTIFASCHISTISCHEN BÜNDNISSES** fand am 4. März in Dülmen ein politisch-kultureller Bürgerabend statt, der von rund 30 Interessierten besucht wurde. Den kulturellen Teil des Abends bestritt der in Gewerkschaftskreisen bekannte Liedermacher Karl Adamek mit einer historischen Folge von antifaschistischen, Friedens- und Arbeiterliedern.

Zu den Rednern des Abends gehörte Hary Theulings, Sekretär der niederländisch-deutschen Stiftung **NOOIT MEER/NIE WIEDER**, die in Enschede grenzübergreifend arbeitet. Er sprach unter anderem davon, daß Antifaschismus ein breites Bündnis erfordere, in erster Linie pro-demokratisch sei und deshalb pro Freiheit des Individuums, Gleichheit der Rassen, der Geschlechter, der Menschen kurz hin, gegenseitige Toleranz und Respekt. Nächste Rednerin war Margret Zumkley vom **ANTIFASCHISTISCHEN BÜNDNIS**. Sie erinnerte daran, daß Neo-Nazis auch im Kreis Coesfeld versuchten, Fuß zu fassen. So seien bereits öfters Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen umgestürzt und mit Hakenkreuzen beschriftet worden. An einem Privatschule in Dülmen-Buldern unterrichtet immer noch ein ehemaliges NPD-Landesvorstandmitglied

und Ex-Bundesvorsitzender des Nationalen Hochschulbundes in Geschichte.

Weiterhin berichtete sie, daß in den Nottulner Baumbergen Wehrsportübungen von der Wiking-Jugend durchgeführt werden, auch wären vermehrte Aktivitäten der NPD im Kreis Coesfeld zu verzeichnen.

Letzter Redner des Abends war Wolfgang Tschentscher vom Antifaschistischen Bund Recklinghausen; er war zusammen mit Falko Wieneke maßgeblich am Aufbau des **ANTIFASCHISTISCHEN BÜNDNISSES** beteiligt.

Zu Beginn seiner Rede übermittelte er Solidaritätsgrüße von Recklinghäuser Antifaschistinnen und Antifaschisten. "Die gemeinsame Basis unseres Kampfes", so meinte er, "beruht auf dem tiefen Wunsch, den Faschismus in Wort und Tat zu kritisieren. Wir wollen alles tun, um zu verhindern, daß in Deutschland jemals wieder ein solch barbarisches System an die Macht kommt."

Wolfgang Tschentscher verlieh seiner Besorgnis Ausdruck, daß auch in Recklinghausen in den vergangenen Monaten eine größere Anzahl von neofaschistischen Aktivitäten registriert worden seien. Hierbei würde deutlich, daß das neofaschistische Lager in starke Bewegung geraten ist und an Einfluß unter den Menschen gewinnt. Dieses Lager, mahnte er, sei keineswegs in zahllose sich bekämpfende Gruppchen gespalten, sondern hätte ein hohes Maß an koordiniertem politischen Handeln entwickelt, dem die antifaschistische und demokratische Bewegung noch nicht viel entgegengesetzt hat. Umso mehr müsse man immer wieder dafür kämpfen, daß sich Mitglieder der unterschiedlichsten politischen Spektren, Christen und Gewerkschafter, im antifaschistischen Kampf zusammenschließen.

Zum Schluß seiner Rede äußerte Wolfgang Tschentscher noch den Wunsch, daß die AFBs in Recklinghausen und Dülmen einen kleinen aber wirkungsvollen Beitrag im Kampf gegen den Faschismus leisteten.

Das ANTIFASCHISTISCHE BÜNDNIS DÜLMEN trifft sich jeden 2. Mittwoch im Monat in der Gaststätte Thesmann, Elsa-Brandströmstr. 55, Dülmen.

Dorothea Hainke

Am Sportplatz 27
4408 Dülmen, 4. 3. 1988

Sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Axel Sieg und Lothar Hill,

nachdem ich über einen längeren Zeitraum mit der Gruppe um Axel Sieg und Lothar Hill die Überlegungen zur Gründung eines antifaschistischen Bündnisses geteilt und miterlebt habe, aber am heutigen Abend nicht dabei bin - nachdem ich bei längerem Überlegen und Abklopfen meiner Möglichkeiten feststellen mußte, daß ich eine intensive Mitarbeit, die auch Akzente setzt, nicht leisten kann - bat mich Axel Sieg um ein Grußwort für diesen Abend.

Diese Möglichkeit nehme ich gerne wahr.

Liebe Anwesende,

das Erinnern, Nachdenken und Wissen über die jüngste deutsche Vergangenheit muß uns deutlich machen, wie gefährdet ein Staat ist, wenn nicht für alle Bürgerinnen und Bürger Demokratie als wichtiges Ziel erkannt wird. Wenn wir nicht lernen, mit Minderheiten, Aussteigern und Andersdenkenden tolerant umzugehen, wenn wir keine bürgerliche Zivilcourage entwickeln, - wenn wir nicht im Rahmen unserer eigenen Möglichkeiten Partei ergreifen für unsere Republik (die sehr wohl auch verbesserungswürdig ist), dann können schnell Entwicklungen um sich greifen, die wir alle nicht wollen.

Sind wir nicht in der Völker- und Staatengemeinschaft eines großen Europas eingebunden? Auf diesem Wege sollten wir weitergehen und uns allen Völkern nähern. Ist dazu ein neues Nationalbewußtsein nötig? Ich denke, es könnte eher hinderlich sein. Ein demokratisches Grundverständnis, das auch die Freiheit des Anderen sieht, wäre da hilfreicher.

Es gibt noch viele Fragen zu unserer Vergangenheit und Gegenwart. Nachdenken darüber ist unsere Bürgerpflicht.

In diesem Sinne wünsche ich allen: machen wir uns auf den Weg und nehmen die Herausforderung an.

Ihre

D. Hainke

BRIEF DER STELLVERTRETENDEN BÜRGERMEISTERIN AN DIE GRÜNDUNGSVERANSTALTUNG DES ANTIFASCHISTISCHEN BÜNDNISSES IN DÜLMEN

KKDK e.V. FRAUEN

ES LEBE DER 8.MÄRZ, DER INTERNATIONALE FRAUENTAG -

Am 8.März 1857 traten Textilarbeiterinnen in NewYork,Vereinigten Staaten, in den offenen Widerstand,um den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf Täglich 10 Stunden zuerreichen.

Trotz der sich ihnen entgegen stellenden Widerstände und Hindernisse haben sich die Frauen auf eine bewundernswerte Art durchgesetzt.Die International bekannte Führerin der Arbeiterbewegung,Klara Zetkin,hat im Jahre 1910 auf ener sozialistischen Konferenz in Kopenhagen einen Vorschlag eingebracht,daß der 8.März ein weltweit anerkannter Frauentag wird,und somit wird der 8.März seit 1911 als ein Tag gegen die Unterdrückung der Ausbeutung und als Tag des Friedens und des Widerstands gefeiert.

Heutzutage haben die Frauen im Imperialistischen-kapitalistischen Staaten mit vielen Problemen zu Kämpfen.Diese ausbeuterischen Staaten versuchen mit allen Mitteln zu verhindern,daß der Widerstandskampf erweckt wird.Denn sie ziehen Nutzen aus der Unterdrückung der Frau als billige Arbeitskraft und benutzen sie.

In unserem Land,Kurdistan,hat unser Volk kaum soziale Rechte,Arbeitslosigkeit,Inflation,Folterungen sind ein Bestandteil des Lebens der kurdischen Bevölkerung.Am meisten davon sind die Frauen betroffen.An der Tagesordnung sind militärische Angriffe auf Dörfer,unzählige Folterungen und Zwangsumsiedlungen.Die kurdischen Frauen, die sich gegen diese Barbareien heldenhaft widersetzt haben,zeigen immer wieder Schulter an Schulter mit den Männer bei Streiks,Widerstandskämpfen bei den Arbeitsplätzen,in den Gefängnissen bei Hungerstreiks,das sie eine starke demokratische Macht darstellen.

Die in der Bundesrepublik lebenden kurdische Frauen haben sich mit vielen Problemen auseinander setzen müssen.Die kurdischen Frauen, die im Ausland arbeiten und wohnen, unterstützen den Kampf unseres Volkes gegen Imperialismus,Kolonialismus und Faschismus.Sie treten für die Nationale demokratische Befreiung des kurdisches Volkes ein und haben gleichzeitig einen aktiven Platz in dieser Bewegung.

An diesem Tag möchten wir als demokratische kurdische Frauen,alle fortschrittlichen Organisationen und Frauen aufrufen,unsere Forderungen zu unterstützen.

Wir fordern:

- *Gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- *Muttersprachlichen Unterricht für die kurdischen Kinder
- *Es lebe der Kampf der kurdischen Frauen
- *Es lebe der 8.März
- *Nieder mit Imperialismus,Faschismus,Kolonialismus

Kostenabrechnung der Demonstration gegen das bundesweite Skinheadtreffen in Recklinghausen vom 7.11.1987

A Ausgaben:

1.Druck der Parolen für die Demonstration	22,50 DM
2.Druck 10000 Flugblätter 1.Aufl.	380,00 DM
3.Druck 10000 Flugblätter 2.Aufl.	380,00 DM
4.Transport Anlage Essen-RE-Essen	80,00 DM
5.LKW-Miete Interrent	254,23 DM
6.Sprit für Generator	4,98DM
7.Kosten Rechtsanwalt	800,00 DM
8.Kosten Amtsgericht	75,00 DM

Insgesamt 1996,99 DM

B Einnahmen:

AFB Recklinghausen	100,00 DM
Jusos Recklinghausen	100,00 DM
Jusos Gladbeck	100,00 DM
Grüne Recklinghausen	300,00 DM
Falken Marl	50,00DM
MLPD Recklinghausen	100,00 DM
Sammlung Treff 4.11.	27,00 DM
Sammlung Kundgebung 7.11.	566,58 DM
Rote Hilfe e.V.(Kosten RA)	800,00 DM

Insgesamt: 2143,58 DM

Überschuß: 146,59 DM

Der Überschußbetrag von 146,59 DM wurde in Übereinstimmung von den Trägern der Aktionseinheit für den weiteren Aufbau der ANTIFAZ(Ruhrgebiet) gespendet.

Wir danken allen Organisationen, insbesondere der RH (Roten Hilfe), die durch die Übernahme der gesamten Rechtsanwaltskosten einen großen Beitrag zur Unterstützung des antifaschistischen Kampfes geleistet hat.

Herzlichen Dank.



Bankverbindung:

Stadtparkasse Recklinghausen

Bankleitzahl: 426 500 30

Kontonummer: 1000 282 99

Kontaktadresse:

*Norbert Göltzer
Dormagener Str.30
4370 Marl
Tel.: 02365/61925

NPD-Treffen in Recklinghausen verhindert !

Bereits am 16.1.1988 versuchte die NPD im Recklinghäuser Ratskeller eine kreisweite Veranstaltung durchzuführen, was auf antifaschistischen Druck mit einem "Rausschmiß" durch den Wirt endete (die Antifaz berichtete, Heft 10). Doch die Faschisten versuchen es immer wieder:

Schon in der folgenden Woche wurde durch einen anonymen Anrufer bekannt, daß am Samstag, dem 23.1.88, erneut ein NPD-Treffen geplant sei.

Diesmal sollte es sich um eine örtliche Mitgliederveranstaltung in einer normalen Gaststätte handeln. Erkundigungen bei der Wirtin ergaben am Freitag, daß am genannten Samstagnachmittag ein Saal angemietet war. Doch daß die angemeldete Versammlung dort ein NPD-Treffen sein sollte, davon hatte die Wirtin nichts gewußt: Ein Mann habe den Saal persönlich angemietet, und sie sei der Meinung gewesen, es handle sich dabei um einen Taubenzüchterverein.

Beschreibungen des Mannes ergaben jedoch, daß es sich bei ihm um den NPDler J. Gläbel handelte, der in Recklinghausen auch bei dem Treffen im Ratskeller in Erscheinung getreten war. Damals war ein Bild von ihm in der Zeitung erschienen, an das sich die Wirtin wieder erinnerte, da Gläbel schon öfter mit seinen faschistischen Freunden kleinere Treffen in der Gaststätte hatte. Umso unverständlicher ist es, daß sie, wie wohl die meisten Gastwirte, nicht genau wußte, was sich bei den vergangenen Treffen abgespielt und welcher das kommende Treffen sei.

Nachdem der Wirtin dann klar wurde, daß mit einer "außerordentlich geschäftsschädigenden" Gegendemonstration zu rechnen wäre (Wer weiß, was die Chaoten alles anstellen!), kündigte sie den Saal. Am Samstag tauchten dann auch nur zwei uninformierte NPD-Ler auf und wurden abgewiesen.

Hoffentlich trägt die Unterschriftenaktion des Antifaschistischen Bundes (AFB) Recklinghausen dazu bei, daß zukünftig von Gastwirten von vornherein keine Räume mehr an die NPD vermietet werden.

ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

• Papierwaren •

• Postkarten •

• Bücher •



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •

• 4350 Recklinghausen •

• Tel. 02361-17002 •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

.aktuell ... aktuell ... aktuell..

Brief an alle Recklinghäuser

Gastwirtinnen und Gastwirte:



"Seit Monaten versuchen neofaschistische Organisationen wie NPD, "Deutscher Freundeskreis", Republikaner, Patrioten für Deutschland oder "Gesellschaft für neue Anthropologie"; offen oder verdeckt bei Recklinghäuser Gaststätten Räume anzumieten.

Sie wollen den Eindruck erwecken, als handle es sich bei ihnen um demokratische Organisationen und haben alle angeblich mit dem Faschismus nichts zu tun.

Dies ist aber nur Tarnung.

Mehrere Gerichtsurteile beispielsweise über die NPD sprechen eine klare Sprache. So heißt es in einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 20.5.1983-WD 11/82:

"Die Nationaldemokratie sieht die Volksgemeinschaft als Zweck und Grundlage des von ihr erstrebten starken Staates an. Wie diese Volksgemeinschaft beschaffen sein soll, wird nicht deutlich gesagt, doch orientiert sich die Vorstellung der NPD eindeutig an der im Nationalsozialismus "schon einmal verwirklichten Idee", schließt also die Nichtdeutschen ebenso aus wie die politisch andersdenkenden. Der Einzelne wird nicht, wie nach dem als "liberalistisch" abgelehnten Menschenbild des Grundgesetzes, als eigenständiger Wert anerkannt, den um seiner selbst willen zu achten und zu schützen staatliche Aufgabe wäre, er besitzt vielmehr Daseinsberechtigung nur als Glied der Gemeinschaft.... Ständig wiederkehrende Äußerungen zur Gefahr der "Rassenvermischung", des "Einheitsbreis", belegen ebenso wie die unverkennbare Wiederholung des Antisemitismus, daß die NPD dabei der nationalsozialistischen Idee von der Überlegenheit der "deutschen Rasse" huldigt, in dieser allein die Grundlage des nationaldemokratischen Staates sieht. Damit werden wesentliche Grundrechte und folglich ein unverzichtbares Element der freiheitlich demokratischen Grundordnung abgelehnt.... Die NPD läßt damit Ziele erkennen, wie sie weitgehend das Bundesverfassungsgericht bei der Sozialistischen Reichspartei (SRP) festgestellt und der Entscheidung zugrundegelegt hat, diese Partei sei verfassungswidrig....

Quelle: Neue juristische Wochenschrift (NJW) 1984, S.814.

Besonders empörend ist auf diesem Hintergrund, daß die neofaschistischen Organisationen ihre Treffen zunehmend tarnen als "gemütliches Beisammensein", Stammtisch, Abendgesellschaft mit großem Essen, Veranstaltung mit "wissenschaftlichem Referenten", Taubenzüchterverein und diese teilweise sogar unter gefälschten Namen anmelden.

Damit muß in Recklinghausen endlich Schluß sein !

Wir Recklinghäuser Gastwirtinnen und Gastwirte sind in Zukunft nicht mehr bereit, neofaschistischen Gruppen irgendwelche Räume zur Verfügung zu stellen. "

KURZNACHRICHTEN

Kein Ruhmesblatt für die Recklinghäuser Antifaschisten!

Am 10.3. wurde vor dem Recklinghäuser Jugendschöffengericht der 19-jährige Daniel M., Teilnehmer der antifaschistischen Gegendemonstration gegen das Skinhead-Treffen am 7.11.87 in Recklinghausen, wegen "Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" zu 40 Sozialstunden und einem Tag Freizeitarrrest verurteilt, weil bei ihm eine Schreckschußpistole beschlagnahmt worden war.

Für den Richter Fluck war es nicht nachvollziehbar, als Daniel aussagte: "Ich hatte Angst vor den Skinheads und wollte mich notfalls

wehren können". Er sprach von "jugendtypischer Verfehlung und Unbekümmertheit".

Das Urteil ist eine eindeutige Fortsetzung der herrschenden Politik in der Stadt Recklinghausen: Gegenwehr gegen die Neofaschisten ist nicht erlaubt. Wer sich gegen den faschistischen Terror der Skinheads zur Wehr setzt, der will selber gezielt "Randale" machen.

Ein klares Zeichen der noch vorhandenen Schwäche der Recklinghäuser antifaschistischen Arbeit ist die Tatsache, daß es keine Kenntnis von diesem Prozeß gab und somit auch keine politische Solidarität organisiert wurde.

Hungerstreik und Massenprozesse in der Türkei

(aus TAZ vom 8.3.88)

Vom 1. bis zum 5. März besuchte auf Einladung der "TAYAD" (Verein der Angehörigen politischer Gefangener) eine fünfköpfige Hamburger Gruppe, die sich für Menschenrechte engagiert, die Türkei. Sie erkundigte sich nach dem Hungerstreik der 148 politischen Gefangenen im Gefängnis "Sagmalcilar" und besuchten einen "Massenprozeß" im Istanbuler Militärgefängnis Misdettis, bei dem 83 Gefangene, die größtenteils schon länger als acht Jahre einsitzen, wegen Zugehörigkeit zu der revolutionären Organisation "DEV SOL" angeklagt sind.

Ein weiterer Besuch der Gruppe galt der sich neu formierenden Gruppe "DEM KAT" in Istanbul, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Armen und von der Wirtschaftspolitik am stärksten Betroffenen in den Vororten (Gecekondü) mit Medikamenten zu versorgen und dort eine Alphabetisierungskampagne durchzuführen. Der Hungerstreik im "Sagmalcilar"-Gefängnis dauert bereits seit dem 3. Februar an. Aus Solidarität mit den Gefangenen, die eine menschenwürdige Behandlung, die Beendigung der Folter, eine bessere Besuchsregelung und eine angemessene Entlohnung ihrer Arbeit fordern, haben sich seit Ende Februar auch die Angehörigen dem Hungerstreik angeschlossen. Bei dem "Massenprozeß" in Metris haben fast alle Angeklagten übereinstimmend ausgesagt, sie seien gefoltert worden. Selbst Militärrichter wurden zugeben, bei der Masse von Angeklagten und dem Durcheinander der Verwaltung die Prozesse nicht ordnungsgemäß durchführen zu können.



Impressum

Die Antifaz ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion und v.i.S.d.P.:

Norbert Göltzer
Dormagener Str. 30, 4370 Marl

Redaktionsanschrift:

Antifaz, Altstadt Schmiede RE
Kellerstr. 10, 4350 Recklinghausen

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Recklinghausen
Bankleitzahl: 426 500 30
Kontonummer: 1000 282 99

Druck:

druckwerk
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Mitgewirkt haben:

Norbert, Rolf, Falko, Ingrid,
Petra, Chris, Wolfgang I.,
Wolfgang E., Anke, Eckardt,
Silke.

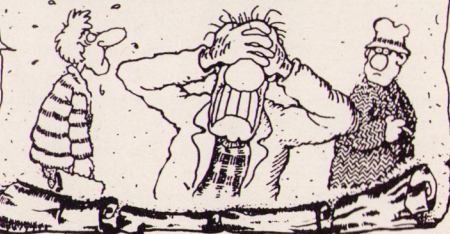
Kontaktadresse:

Norbert Göltzer
Dormagener Str. 30, 4370 Marl.
Tel.: (02365/61925

ANTIFAZ-Redaktionssitzung:

-Jeden Mittwoch 17.00 Uhr in
der Altstadt Schmiede RE. E.

WER INTERESSE HAT MITZUMACHEN.
KANN ZUR REDAKTIONSSITZUNG
KOMMEN ODER SICH BEI DER
KONTAKTADRESSE MELDEN !!!!



Michael Kühnen aus der Haft entlassen

Am Dienstag, dem 1. März 1988, wurde nach mehrjähriger Haftstrafe der ehemalige ANS-NA-Führer Michael Kühnen aus der Justizvollzugsanstalt Butzbach entlassen.

Bereits zwei Wochen vorher hatte Kühnen den mindestens 1000 illegalen Mitgliedern der verbotenen ANS-NA seine Freilassung und die anschließende Kontaktreise durch die Bundesrepublik angekündigt.

Wohl auch als Reaktion auf die Kühnen-Ankündigung wurde daraufhin am 3. März eine bundesweite Großaktion unter der Federführung des badenwürttembergischen Kriminalamtes gegen Mitglieder der ANS-NA durchgeführt.

In 61 Orten wurden 92 Wohnungen durchsucht und vier Personen als Rädelsführer festgenommen. Umfangreiches Beweismaterial sei beschlagnahmt worden. An den Durchsuchungen beteiligten sich neben dem LKA Stuttgart de Schutz- und Kriminalpolizeien von mindestens acht Bundesländern und das BKA. Schwerpunkte der Polizeiaktionen lagen in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Nach Angaben des ehemaligen Pressesprechers der ANS-NA in Stuttgart würden die illegalen Mitglieder der verbotenen ANS-NA inzwischen von Frankreich aus organisiert und gesteuert, und zwar liefen die Kontakte über Michelle Cenier in Paris und die dortige "Telema Landesloge 750".

Aber auch M. Kühnen hat während seiner Haftzeit ausgiebig auf die Bewegung eingewirkt. So erschienen in der "Neuen Front" allein 26 "Briefe aus der Haft".

ANZEIGE

DIE BROSchÜRE

Geisenkirchen, eine Provinzstadt im Herzen des Ruhrgebiets, stellt seit Jahren ein beliebtes Aufmarschgebiet für Faschisten jedweder Couleur dar. Sowohl faschistische Aktivitäten, als auch die z.T. recht behutsamen Widerstandsversuche, bilden den Kern einer Analyse die bundesweite Aktualität beansprucht. Nach dem Motto 'Global Denken, Lokal Handeln', wurde der Sprung in revolutionäre Widerstandsstrategien gewagt.

V.i.S.d.P.: M. Beerwald - Bestelladresse: M. Beerwald c/o Initiativzentrum 'Trotz Alledem', Weberstr. 79, 4650 Geisenkirchen - Verkaufspreis: 5,- DM - Bezugsbedingungen: Wir verschicken die Broschüre gegen Vorkasse in Form von Bargeld. Bitte schickt nur Geldscheine und/oder notfalls Briefmarken. Die Portokosten sind im Preis inbegriffen. Für Spenden sind wir natürlich äußerst dankbar. Nicht ausreichend frankierte Umschläge gehen auf jeden Fall zurück an den/ die Absender/in. Gefangene erhalten die Broschüre kostenlos. 1. Auflage Februar 1988



Um Herrn Kühnen und sein Gedankengut einmal etwas ausführlicher zu dokumentieren, drucken wir im Anschluß einen größeren Ausschnitt aus dem letzten Kühnenbrief vor seiner Entlassung:

"Die Menschen unseres Volkes sind heute insgesamt nicht schlechter und nicht materialistischer, als sie vor 50 Jahren waren. Es sind im Großen und Ganzen dieselben Deutschen, die einen wirklichen Volksstaat aufgebaut und ihn fast sechs Jahre lang in einem Krieg gegen fast die ganze Welt heldenhaft verteidigt haben. Aber diese Leistungen vollbrachte unser Volk, weil die in der Partei und ihren Gliederungen organisierte völkische Elite die Macht hatte und ihre Leitbilder die Volksgemeinschaft prägten, während Asoziale und Kriminelle aller Art ebenso konsequent ausgeschaltet worden waren und niedergehalten werden konnten. Nach 1945 aber vollzog sich mehr als eine militärische Niederlage: die gesamte völkische Elite wurde entmacht, kriminalisiert und mit Kübeln von Dreck überschüttet, während umgekehrt der gesellschaftliche Dreck hochgespült wurde und nunmehr selbst die Leitbilder vorgab.... Das Ergebnis ist bekannt: Ein Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, dessen Fundament die niedrigsten Instinkte des Menschen sind und das nur durch einen ständigen Appell an diese überleben kann - Neid, Besitzgier, Egoismus! Und genau daran orientieren sich heute die Massen unseres Volkes - und werden es tun, solange nicht eine Auslese, sondern eine Minusauslese die Führung dieses Volkes auf allen Gebieten innehat!

Die Antwort auf die Frage, was zu tun ist, damit aus unserer Idee wieder eine wahre Volksbewegung werden kann, ist also leicht gegeben - freilich schwer getan: Es muß eine völkische Elite, eine positive Auslese gebildet werden, und diese Elite muß zur führenden Kraft in unserem Volke werden und

die Macht auf allen Gebieten des Volkslebens übernehmen. Das müssen vor allem auch jene wohlmeinenden "Nationalen" begreifen, die immer noch darauf hoffen, man könne eine "Volksgemeinschaft von unten" aufbauen - etwa durch Familiengründungen und viele national zu erziehende Kinder -, daß dann von einem solchen Kern aus eine Volksgemeinschaft insgesamt geprägt werden kann. Diese Vorstellung ist hoffnungslos unrealistisch, weil sie die Machtfrage ignoriert: Die Masse des Volkes orientiert sich eben nicht an jenen, die Recht haben, sondern an jenen, die die Macht haben.

Die Schicksalsfrage unseres Volkes ist ausschließlich jene, welcher Menschentypus die Macht hat und damit die gesellschaftlichen Leitbilder vorgibt....

...Damit ist auch klar, welche Art von Elite unser Volk in der gegenwärtigen Etappe seiner Geschichte braucht: denn natürlich gibt es andere Elitenvorstellungen - die fachliche Elite, die wissenschaftliche Elite, die intellektuelle Elite, die moralische Elite usw. - und natürlich erstrebt unsere Idee auch eine Elitebildung in allen Bereichen des Volkslebens. Aber das sind Fragen, die uns im wesentlichen erst nach der Machtergreifung interessieren. Die Elite, die unser Volk jetzt braucht, ist eine kämpferische Elite. Die Auslese von Kämpfern, die durch ihre Einsatz- und Opferbereitschaft, ihre Treue zu Volk, Idee und Partei und ihre Kameradschaft untereinander allein in der Lage sein werden, eine Revolution durchzuführen und die Macht zu ergreifen! Es ist die kämpferische Elite der politischen Soldaten unserer Partei, die wir seit mehr als zehn Jahren bilden wollen und die unsere jungen Kämpfer mehr und mehr verkörpern!

Diese kämpferische Elite unserer Gesinnungsgemeinschaft orientiert sich seit Beginn unseres Kampfes am 8.5.1977 an den zehn Geboten des politischen Soldatentums:

1. Glaube!
2. Gehorche!
3. Kämpfe!
4. Sei treu!
5. Sei kameradschaftlich!
6. Arbeite an dir!
7. Sei verschwiegen!
8. Sei tapfer!
9. Sei stolz!
10. Sei erbarmungslos!

Leider nicht
überholte
Nazi - Sprüche



Das ist unser Gesetz - Wir kennen und anerkennen kein anderes.

.....Niemals habe ich mir Sorgen gemacht über die kleine Zahl der Kämpfer im Vergleich zu den gewaltigen Machtmitteln unserer Feinde, denn allzu deutlich trägt das herrschende System die Zeichen des Todes in sich: Es kann auf Dauer nicht überleben, weil man eben auf den niedrigsten Instinkten der Menschen keine dauerhafte Ordnung errichten kann.....

Ich wünsche all unseren Kämpfern ein erfolgreiches neues Kampfbuch und bitte unsere Förderer, unseren Kampf auch in Zukunft zu unterstützen, denn wir allein sind Deutschlands letzte Hoffnung! Michael Kühnen"

Nun, hoffen wir, daß das Jahr 1988 für die Neonazis kein erfolgreiches Kampfbuch wird, sondern im Gegenteil ein weiterer Schritt in der Zerschlagung aller neofaschistischen Organisationen geleistet wird.

Hoffen wir, daß die bundesweite Polizeiaktion auch ein Schritt zum Verbot der FAP darstellt, die heute weitgehend als Auffangbecken der Kühnenbande dient.



Leider
überholtes
Flugblatt
der FAP

Nazis kotzen uns an

Unter diesem Motto veranstalteten am 15. März in den Herner Flottmannhallen verschiedene Gruppen wie Arbeiterwohlfahrt, Falken, Kuhle Wampe, VVN, Grüne und Jugendamt der Stadt Herne ein Treffen zum Thema "Neofaschismus", auf dem über alte und neue Nazis berichtet wurde, ein Diavortrag zu Neofaschismus im Alltag gezeigt wurde und ein Augenzeugen, Jörg Weltzer, über seine Zeit als "eingeschleuster Skin" in einer neonazistischen Gruppe berichtete.

Jörg hatte ein Jahr unentdeckt unter den "Jun-

gen Nationaldemokraten" zugebracht. Nachdem er in sein normales Leben zurückgekehrt war, und NPD-Strukturen transparent gemacht hatte, wurden mehrere Anschläge auf ihn verübt.

Auch dem Schulsprecher der Herner Gesamtschule, der Flugblätter zu der Veranstaltung verteilte, ist in erschreckender Weise gedroht worden. In seinem Briefkasten fand er den Text:

"Im Namen des deutschen Volkes wird Volker Hartmann wegen Landesverrats zum Tode durch Erschießen verurteilt". Unter dem Text prangte ein Hakenkreuz.

Um den zunehmenden neofaschistischen Aktivitäten in Herne entgegenzutreten, hat sich ein "Antifaschistischer Arbeitskreis" gebildet, der sich regelmäßig im "Treffpunkt" trifft (Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche, Haldenstr. 43, 469 Hene 1).

Um die Diskussion über die neofaschistischen Aktivitäten fortzusetzen, wurde eine Folgeveranstaltung angekündigt: Sie findet statt am Dienstag, 26. April, um 19.30 in den "Flottmannhallen".

PREISLISTE FÜR ANZEIGEN:

1 SEITE: 100 DM
1/2 SEITE: 50 DM
1/4 SEITE: 30 DM

STAND 1/88

ANZEIGE

„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

A usländer B iologisches Bauen C hemie in Lebensmitteln D ritte Welt E ntwicklungspolitik F aschismus G eschichte H eilkräuter I ndianer K riegsgefahr L iebe M edien	N eonazismus O kologie P olitik R ennen S anfte Energien T rapfen U mweltschutz V ollwerternährung W aldsterben Y oga Z ukunft	... und - jede Menge Kinder- und Jugendbücher - Frauen- und Männerliteratur - Zeitschriften - Plakate - Postkarten - Umweltschutzpapier
--	---	--

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Hochstr. 12
4370 Marl
(02365/ 13448) Schaut mal rein!

Blick nach

Neumünster 19.1.88

Der Kreisverband der SPD in Neumünster hat mit Sorge das Anwachsen neofaschistischer Propaganda zur Kenntnis genommen. In einem Antrag an den Stadtrat stellt er fest:

"Angesichts der wahrscheinlichen Kandidatur von Neofaschisten zur Landtagswahl am 8.Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, fordert der SPD-Kreisverband, das verfassungsgemäße Verbot von neofaschistischen Parteien herzustellen und diesen in Neumünster keine städtischen Räume zur Verfügung zu stellen. Gerade die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei)FAP, die in einem internen "Informationsbrief zur Lage" ankündige, ihre Bemühungen zu verstärken, "um in Neumünster einen funktionierenden Kreisverband aufzustellen", sei die bedeutendste gewalttätige Gruppierung des neofaschistischen Spektrums", stellt die SPD in ihrer Erklärung fest.

Da die NPD, die DVU, u.a. sich nur in ihrem zurückhaltenderen äußeren Erscheinungsbild von der FAP unterscheiden, in ihren ideologischen Ansätzen jedoch die gleichen Positionen vertreten, müsse auch für sie nach Artikel 139 GG in Verbindung mit den alliierten Kontrollratsgesetzen Nr.2 und 8 das Verbot hergestellt werden, meint die SPD.(Quelle:Holsteinischer Courier v.19.1.88)



Fallingb. 10.2.88

Nach Informationen der VVN führte die FAP am Wochenende 6./7.2. ein Bundestreffen in Wriedel bei Uelzen durch.Sammelpunkt sollte die Autobahnraststätte Allertal sein. Tags zuvor versammelten sich ca.120 Antifaschisten (VVN,Grüne,Volksfront,Autonome) auf der Raststätte.Die FAP konnte sich nur in kleinen Gruppen versammeln.Polizei schützt den FAP-Ortsgruppenchef von Hannover und verfolgt Antifaschisten mit Hubschraubern und Wannen. Mitglieder der Grünen erstatten gegen FAP-Mitglieder Anzeige wegen "Deutschen Grußes".

draußen

NPD-Parteitag in Plön/Schleswig-Holstein Plön 25.2.88

Zunächst sollte der NPD-Landesparteitag Schleswig-Holstein am 16.1.88 in Henstedt-Ulzburg stattfinden.Angesichts einer breiten Aktionseinheit von 16 Parteien, Gruppen und Initiativen unter Einschluß von VVN,DKP,Grünen und SPD und einer Demonstration von 600 Menschen zog es die NPD vor, nicht zu erscheinen, obwohl sie vor dem Verwaltungsgericht Schleswig das Bürgerhaus als Versammlungsraum durchgesetzt hatte.

Sie tagte dann am 14.2. von 10 bis 18 Uhr in der Prinzenklausen in Plön.Dennoch war dies durchgesickert und bereits gegen 10.00 Uhr trafen sich zahlreiche Demonstranten vor dem Versammlungsraum, darunter nicht nur Gewerkschafter, Jugendliche, VVN-Leute und Grüne, sondern auch Politiker von SPD,FDP und sogar CDU.Die Polizei bot zum Schutz der Nazis eine Hundertschaft auf, die aus Plön,Preetz, Lütjenburg und Lebrade zusammengezogen werden mußte.

Als die NPD-Mitglieder die Kneipe verließen, kam es zu Zwischenfällen:Autoreifen der NPDler wurden zerstochen.Zwei PKWs mit Nazis fuhren in die Menge.Auch mit der Polizei kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen. Einige Fenster der "Prinzenklausen" wurden eingeworfen.

Hannover 25.3.88

Die Stadt Hannover hatte am 13.2. einen Info-stand der FAP genehmigt.Als Rechtfertigung dafür erklärte ein Herr Arand von der Stelle für Verkehrslenkung, die Genehmigung sei rechtmäßig, da die FAP keine verbotene Organisation sei.Erst, "wenn vom Stand der FAP tatsächlich Straftaten ausgegangen seien, könnte das künftig durchaus Grund sein, Infor-

mationsstände oder ähnliche Aktionen nicht mehr zuzulassen."

Die faschistischen Ziele der FAP bleiben unberücksichtigt und werden somit (wenn friedlich vorgetragen) als förderungswürdig erachtet.





Westberlin 13.2.88

Ca. 900-1000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration gegen die Republikaner, die zum Auftakt ihres Wahlkampfes in Westberlin einen Ball durchführten. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatten die Alternative Liste (AL), Jugendgruppe Süd-Ost, Antifa-Jugendfront, AStA FU, Volksfront u.a. Die Republikaner fordern die "Herstellung Deutschlands in allen seinen Teilen". Ihr Landesvorsitzender Weinschenk, Professor an der Evangelischen Hochschule, beklagte die fehlenden Selbstbestimmungsrechte der Deutschen in Norditalien (Südtirol) und der stellvertretende Vorsitzende Wenzel, Dozent an der TU, will auch die Tschechoslowakei ins neue Deutsche Reich eingliedern.

Im Einklang mit allen faschistischen Gruppen fordern die Republikaner schärfere Gesetze gegen Ausländer und Flüchtlinge und warnen vor einer "Überfremdung des deutschen Volkes".

Sie wollen eine "rechtsstaatliche Ordnung" schaffen und bezeichnen Südafrika als "Staat mit funktionierender Rechtsordnung". Sie stellen "Staatsräson und Gemeinwohl" gegen die politische Interessenvertretung und sind für Unterdrückung der Gewerkschaft.

Bochum 30.1.88

Etwa 500 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration gegen Neofaschismus, Ausländergesetze und Verschärfung der §§ 129a und 130 StGB. Einen Großteil der Demonstration stellen Bochumer Schüler, die auf den zunehmenden Einfluß von Faschisten an den Schulen aufmerksam machen wollten. Die Polizei verbot ein Transparent mit der Aufschrift: "Nazis, Bullen und das BKA sind zum Schutz der Bonzen da". Es gelang ihnen allerdings nicht, es zu beschlagnahmen.

Am Abend vorher fand vor dem NPD-Büro in Bochum-Wattenscheid eine Demonstration mit ca. 300 Menschen statt. Als diese Demonstration sich auflöste, griff eine Gruppe von Skinheads die sich entfernenden Demonstranten an und verletzte eine Person schwer.

Stuttgart 12.2.88. In Tübingen wurde Ende Januar folgendes Flugblatt der FAP an ausländische Schulkinder verteilt:

"An alle Ausländer!

In der sogenannten BRD gibt es derzeit über fünf Millionen von euch elenden Schändern der germanischen Menschenrasse. Etwa 400 000 von euch, die schon mit Deutschen verheiratet sind, und damit jedes dritte Kind im deutschen Lande bereits Mischling oder Ausländer ist. Seht zu, daß ihr bald wieder in eure Heimat oder sonstwohin verschwindet. Ihr nehmt den Deutschen die Arbeit weg und macht euch zu unseren Kosten hier ein schönes Leben. Das darf so nicht weitergehen! Darum geben wir euch einen guten Rat: Pckt eure Koffer und verschwindet aus Deutschland. Es ist höchste Zeit. Bei Nichtbeachtung dieses Schreibens können wir auf längere Sicht nicht mehr die Garantie geben, daß eure Gesundheit oder sogar euer Leben erhalten werden kann. Wir machen Ernst. Wir haben eure Adressen fast vollständig und sind gut ausgerüstet - personell und materiell. Also befolgt unseren Rat. Ausländer raus aus Deutschland."



Hamburg 11.2.88

Die NPD lud ihre Freunde und Förderer zu einer Veranstaltung mit dem Thema: "Ja zu Europa nein zu dieser EG" ein. Sprechen sollte der ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete und NPD-Parteivorstandsmitglied Karl Feitenhansl. Treffen wollten sich die Faschisten am Bahnhof Hamburg-Bergedorf. Ca. 200 Antifaschisten, hauptsächlich aus Bergedorf, fanden sich am Bahnhof ein. Nachdem die Faschisten offenbar abgeschreckt worden waren, zogen die Antifaschisten zum inzwischen bekannten Tagungsort, der Gaststätte Schumanns in Vierlanden, Randbezirk von Hamburg. 200 Polizisten waren aufgeboten, die Veranstaltung zu schützen. 200 Meter vor der Gaststätte führte die Polizei Verkehrskontrollen durch, mit dem Ziel, die Antifaschisten aufzuhalten. Angesichts der vorhandenen Polizeiübermacht beschlossen die anwesenden ca. 70 Antifaschisten, eine Kundgebung abzuhalten, auf der vor allem darauf verwiesen wurde, daß hier, ein Kilometer von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme entfernt, die Polizei einen Faschistenaufmarsch schützte.



Unter Polizeischutz haben am 5.3.88 in Rothenburg/Wümme etwa 120 Neonazis an einer Kundgebung der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei"(FAP) teilgenommen. An einer Gegendemonstration beteiligten sich ca. 300 Menschen. Die Polizei nahm nach eigenen Angaben vier Gegendemonstranten fest. Gegen diese(!) wird wegen Widerstands, Beleidigung und Verdacht auf Landfriedensbruch ermittelt. Die Neonazis waren aus ganz Norddeutschland angereist. Schon am frühen Morgen war ein Bus mit 50 Neonazis aus Dortmund kontrolliert worden. Dabei hatte die Polizei Baseballschläger, feststehende Messer und Pistolen mit Leuchtkegelaufsätzen sichergestellt. Am frühen Nachmittag verließen die FAP-Anhänger im geschlossenen Konvoi den Landkreis Rothenburg, um an einen nicht näher bezeichneten Ort an einer Saalveranstaltung teilzunehmen.

Karlsruhe 10.2.88

In einem Leserbrief an die neueste Ausgabe des faschistischen Diskussionsblattes "Mut" hat sich jetzt Bundeskanzler Kohl als "ständiger Leser" vorgestellt. Er lese insbesondere die Artikel des Herausgebers Kaltenbrunner "oft mit viel Sympathie und Zustimmung" und "würde es sehr begrüßen, wenn wir uns einmal über diesen Bereich in Ruhe aussprechen könnten". Bis 1984 wurde "Mut" noch als rechtsextrem im Verfassungsschutzbericht geführt, 1979 wurde eine Ausgabe der Zeitschrift über die Judenvernichtung wegen Rassenhetze indiziert. Inzwischen ist das Blatt zu einem Diskussionsforum der Braunzone geworden: Es veröffentlicht darin sowohl Unterzeichner des "Heidelberger Manifests" als auch Mitglieder der "Konservativen Aktion", "Republikaner" und "Patrioten" für Deutschland. In letzter Zeit sind hinzugestoßen: SPD-Wissenschaftspolitiker Ulrich Lohmar, der Präsident des ZK der Katholiken, Hans Maier, die Ministergattin Schwarz-Schilling. (Quelle FR v.8.2.88)

Hannover 15.2.88

Neofaschistische Skinheads treiben in Hannover weiter ihr Unwesen. Am 29.1. haben sich etwa 20 Skinheads zwischen Kröpcke und Opernplatz zusammengerottet und eine Gruppe belgischer Jugendlicher überfallen. Zwei Opfer der Skins wurden so schwer verletzt, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Polizei nahm zehn der neofaschistischen Schläger fest.



Schleswig 10.2.88

Am 2.2.88 meldeten die Schleswiger Nachrichten: Seit eineinhalb Jahren lebt Thies Christophersen (69 Jahre alt) in Kollund/Dänemark. Der SS-Sonderführer im KZ Auschwitz war mehrfach als Verfechter der "Ausschwitzlüge" verurteilt worden. In Dänemark durfte er seine Nazi-Propaganda (bisher) weiter betreiben, denn Behauptungen wie, das "mit den Gaskammern sei alles nicht wahr" gewesen, sind in Dänemark nicht strafbar. Von Kollund aus vertreibt Christophersen Nazi-Propaganda, betreibt seinen Verlag "Nordwind" und gilt als Drahtzieher bei der Versorgung von Neofaschisten in aller Welt mit nationalsozialistischen Schriften.

Als bekannt wurde, daß Christophersen in Dänemark lebt, gab es dort eine Protestwelle, u.a. vom Verband "Dänischer Gefangener aus dem Befreiungskampf 1940-45".

4.2.88 Die dänische Regierung ist bereit, Christophersen auszuliefern, wenn ein Antrag gestellt wird.

6.2.88 Bonn will einen Auslieferungsantrag an die dänische Regierung stellen. Der Justizminister wird sich "positiv stellen".

4.3.(AP) Dänemark wird Christophersen "demnächst" an die BRD ausliefern. Sprecher Claes Nilas des dänischen

Dänemark wird Christophersen "demnächst" an die BRD ausliefern. Sprecher Claes Nilas des dänischen Justizministeriums sagte auf Anfrage, seine Regierung gebe dem deutschen Auslieferungsersuchen statt.

Als der Auslieferungsbeschluß erging, hielt sich Christophersen gerade in Kanada auf. Dort soll er an einem geheimen Treffen von Neonazis teilnehmen.

Vor kurzem hatte er in Dänemark politisches Asyl beantragt.



Waltrop

Am Samstag, dem 23.1.88, in der großen Pause, hörte man/frau durch die Lautsprecher der Hauptschule Brockenscheidt Marschmusik und eine Hitler-Rede.

Ein Schüler, JN-Mitglied, hatte die Kassette mit der faschistischen Agitation beim Hausmeister abgegeben; wie es andere Mitschüler vor ihm mit ihren Rock- und Popkassetten taten. Der Schüler selbst bezeichnet die Tat als "kleinen Scherz". Schuldirektor Drost (SPD-Ratsmitglied) fand ihn jedoch nicht spaßig und zitierte den Schüler in sein Büro. Auf Anfragen wollte Herr Drost aber keine genauen Angaben machen. An dieser Schule gibt es übrigens mindestens vier JN-Mitglieder, die selbst während des Unterrichts NPD-Infomaterial verteilen. (Christian Scholz, Waltrop)

Argumente wie 33



Nie wieder!

Essen 30.1.88

Teilnehmerzahlen von 10-40 Leuten hatten die Veranstaltungen der antifaschistischen Woche vor dem 30.1. in Essen. Bei einer Veranstaltung über die völlig unzureichende Entschädigung der Opfer des Naziregimes sprach ein Referent der Bundestagsfraktion der Grünen sowie Vertreter von Sinti und Roma. Es wurde die Möglichkeit erwogen, auf kommunale Ehrenbürgerschaften für Opfer des Nationalsozialismus zu drängen.

Bei einer Veranstaltung zum Thema "Entwicklungen bei den Neonazis" referierte ein Vertreter der Initiative "Bremerinnen und Bremer gegen Neonazis" über den Wahlerfolg der DVU in Bremen. In der Diskussion bestand Einigkeit, daß man von einer faschistischen Sammlungsbewegung sprechen kann.

VERANSTALTUNG MIT BEATRIZ BRINKMANN

im Revierpark Wischlingen am Freitag, den 5.2.88



Dortmunds
Bürgermeister

Beatriz
Brinkmann

Vertretern der antifa-
schistischen Initiative
Dorstfeld

Beatriz Brinkmann wurde am 3. Juli 1942 in Valdivia, Chile, geboren. Nach ihrem Schulabschluß studierte sie an der "Universidad de Chile" in Santiago de Chile Deutsch und Spanisch. Später schloß sie ein Germanistikstudium an der Philipps-Universität in Marburg an. Dort promovierte sie mit dem Hauptfach Neuere deutsche Literatur.

Sie unterrichtete Deutsch und Spanisch an verschiedenen Schulen, an der Gesamthochschule Kassel und an der Philipps-Universität in Marburg. Zuletzt unterrichtete sie Deutsch in Valdivia. Seit September 1986 war sie ein Jahr als politische Gefangene in Valdivia in Haft. Während ihrer Haftzeit wurde sie gefoltert.

"Ohne die große Solidarität durch Briefe und Karten aus aller Welt, die in die Gefängnisse geschickt wurden, wäre meine Freilassung nach einjähriger Haft undenkbar gewesen", meinte Beatriz Brinkmann sichtlich bewegt im Revierpark Wischlingen. Antifaschistische Gruppen, insbesondere die "Antifaschistische Initiative Dorstfeld" hatten sie eingeladen, um mit ihr die Befreiung aus dem Gefängnis des Pinochet-Regimes zu feiern.

200 Menschen hörten zu, als Beatriz über ihre eigenen Erfahrungen in den Händen der chilenischen Faschisten berichtete. Sie forderte die Stadt Dortmund auf, sich weiter auch für andere politische Gefangene einzusetzen. Die Stadt Dortmund sei bereit, den von der Todesstrafe bedrohten Chilenen Asyl zu gewähren. Solche Beispiele müsse es in vielen Städten geben, damit sich auch die Bundesregierung gezwungen sehe, die Verfolgten aufzunehmen - so Beatriz.

Ihre Befreiung sah sie als einen großen Erfolg, doch dürfte dies nicht davon ablenken, daß derzeit noch 400 bis 500 politische Gefangene inhaftiert sind und größtenteils gefoltert werden. Beatriz betonte in ihrem Bericht immer wieder die Gewalt, mit der die Militärs gegen die Gefangenen vorgehen.

Eindringlich erinnerte sie an das Verschwinden von fünf jungen Chilenen im September 1987. Von ihnen ist noch immer nicht bekannt, wohin sie verschleppt wurden und was mit ihnen geschah. Damit sie wiedergefunden werden können, ist internationaler Druck auf das Pinochet-Regime nötig. Das hieß zum Beispiel auch, daß keine weiteren Kredite an die chilenischen Faschisten gegeben werden, wie jüngst der Weltbank-Kredit, dessen Bewilligung auch die BRD zugestimmt hatte. Beatriz zeigte sich betroffen über die faschistischen Aktionen in Dortmund, die auch im Nordwesten in der letzten Zeit etwas stärker in der Presse veröffentlicht wurden. Auch am Freitag bot die Veranstaltung Anlaß für einige Jugendliche, die Besucher zu provozieren. Parolen wie "Rotfront verrecke" waren vor dem Eingang des Freizeithauses zu hören, und nur die Polizei konnte verhindern, daß faschistisch gesinnte Jugendliche in die Veranstaltung hineinplatzten, um sie zu stören. Beatriz schilderte die Zeit der Einzelhaft und Folter und sagte dabei:

"Das Schlimmste ist die Machtlosigkeit, zu wissen, daß meine Erlebnisse nicht der Vergangenheit angehören, daß täglich neue Schicksale hinzukommen.... Es ist sehr anstrengend, über meine Haft in Chile berichten zu müssen. Dies besonders, weil ich weiß, daß in dem Moment, in dem ich hier sitze, Menschen in Chile gefoltert werden."

Hoffnung und Kraft schöpfe sie jedoch aus den Reaktionen auf ihre Vorträge, erklärte sie.

"Es ist ein schönes Gefühl zu sehen, daß die Solidarität lebendig ist."

Öko-Rechte

Ökologisches Denken ist nicht neu. Mithin ist es keiner wie auch immer gearteten politischen Richtung, von der Volkspartei bis zur Splittergruppe, erlaubt, es als eigene geistige Errungenschaft in Besitz zu nehmen. Ebenso wenig kann und darf niemand den Anspruch erheben, die von ihm vorgeschlagenen und angestrebten Lösungen zur Bewältigung der uns über den Kopf gewachsenen Umweltprobleme seien die einzig wahren und richtigen.

Verständnis von und Auffassungen über Ökologie sind bei den "Ökos" der unterschiedlichsten Schattierungen weit gefächert, jenachdem, welchen Stellenwert die Umweltproblematik im Denken und Handeln einnimmt. Das Spektrum reicht vom Lippenbekenntnis bis zum Ökofanatismus. Egal, um welche politische Seite es sich handelt, Fragen und Lösungsvorschläge zum Umweltschutz können sowohl Hauptbestandteil der Arbeit sein als auch lediglich aufgegriffen und zu anderen Zwecken benutzt werden.

Hier soll versucht werden, die ökologischen Vorstellungen und Ziele der "Braunzone" ansatzweise darzulegen.

Dieser kann Ökologie nur als Mittel zum Zweck dienen. Zeitbedingt führt kein Weg mehr daran vorbei, zum Umweltschutz Stellung zu nehmen und ihn gegebenenfalls behelfsmäßig in die vertretene Ideologie einzubauen. Begriffe wie "Umweltverschmutzung" und "Umweltschutz" sind ausgesprochen dehnbar und erfahren bei den Rechten seltsam anmutende, nichtsdestotrotz gefährliche Verquerungen und Umlenkungen. Sie wollen eben nicht nur Luft, Wasser und Boden reinhalten (verbal), sondern (vorrangig) das eigene Volk, bzw. die eigene Rasse. Mit Beschämung müssen wir feststellen, daß es bei uns erlaubt ist, andere Menschen, z.B. ausländische Mitbürger, als Umweltverschmutzung zu bezeichnen, oder, weniger fein ausgedrückt: als Müll. Leicht läßt sich ausmalen, wie schnell diese Denkweise auf andere Unliebsame ausgeweitet werden kann. Wir wissen nur zu genau von der Zeit, in der man allen "Müll" verbrannte: Zuerst Bücher, dann Kunst, schließlich Menschen.

Ökologie bedeutet also für die Braunzone einen hervorragenden Ansatz, fast Übergangslos an die Vorstellungswelt nationalsozialistischer Prägung anzuknüpfen.

Die in dieser Richtung Gemäßigteren (z.B. Lüdendorffer, ÖDP), widersprechen sich selbst, wenn sie zwar für ein friedliches Nebeneinander der Völker plädieren, daß Miteinander aber durch klare Abgrenzung, Vorbehalte und Ressentiments gleichzeitig wieder unterlaufen. Die von ihnen betonte Förderung und Erhaltung der deutschen Art und Kultur fördert wohl kaum das Bewußtsein, daß die Menschheit als Ganzes Bestandteil der Umwelt ist und mit ihr in Einklang zu stehen hat. Ökologie also nur insoweit, als sie die deutschen Interessen betrifft. Sie spielen den Bewahrern schlimmer Traditionen damit geradezu in die Hand. Besonders in Deutschland sollte bekannt sein, wohin Nationalismus und die Abkehr vom Anderen führen.



Die Phrase vom ach-so-eingeengten Deutschen, der so wenig Lebensraum zur Entfaltung seiner Möglichkeiten habe, paßt genau ins schon mal Dagewesene. Lebensqualität, von der die Ökologisch-Demokratische Partei so gerne spricht, bedürfe des Raumes, um sie zu verwirklichen. Aber bitte, zunächst für die Deutschen, und deshalb müßten Ausländer eben raus. Das heraufbeschworene Bild einer bevölkerungsmäßig aus den Nähten platzenden Bundesrepublik ist schlichtweg falsch. Fragen danach, wie es in anderen Teilen der Welt um Bevölkerungsdichte und Lebensqualität aussieht, tauchen da selbstverständlich gar nicht erst auf.

Daß sie vielen von uns mit ihrer Augenwischerei

nichts vormachen können, wissen die Rechten genau. Nicht zu letzt deshalb versuchen sie verstärkt, die noch formbare Jugend für sich zu

gewinnen, und auch da bietet sich mit vermeintlich ökologischer Argumentation eine willkommene Grundlage. Nicht umsonst hängen sich die Jungen Nationaldemokraten das Umweltschüttermäntelchen um. Dabei schlagen sie in die gleiche Kerbe wie alle Rechten. So heißt es z.B., daß "Völker biologisch und kybernetisch lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften sind, die genetisch durch Tradition weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nicht-deutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften." Eine fast "geniale" Umschreibung zur Begründung der Ideologie von Rassenhatz, Diskriminierung, Vertreibung, Massaker und Völkermord.

Zum Glück ist der überwiegende Teil der Jugend noch nicht dafür empfänglich, z.B. AKWs hinsichtlich ihrer Gefahr für das "deutsche Genmaterial" zu bewerten. Dennoch muß Augenmerk darauf gerichtet werden, daß es der Braunzone nicht gelingt, über den Umweg "Ökologie" Brücken zur Jugend zu schlagen.

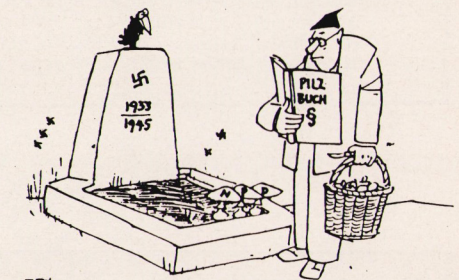
Sicher, bei einigen Rechten, z.B. der ÖDP, stehen die tatsächlich ökologischen Fragestellungen offenbar im Vordergrund. Jedoch geht dies einher mit dem Streben nach Autarkie, der Förderung von Volk- und Vaterland-Kultur, der Verinnerlichung des Prinzips von der Ungleichheit der Menschen.

Umweltpolitisch unterstützbare Ziele wie "Herstellung langlebiger Qualitätsgüter" statt Massenproduktion, Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfgesellschaft und Nutzung alternativer Energiequellen verlieren an Glaubwürdigkeit, wenn Arbeitszeitverkürzung, Ausbau der Sozialleistungen und Zuzug von Ausländern nicht nur als "unreal und sozial", sondern - im Sinne unserer Betrachtung ganz wesentlich - als "unökologisch" bezeichnet werden. Wie ist es vereinbar, in einem Atemzug Minderheitenschutz zu befürworten und gleichzeitig "neue explosive Minderheitenprobleme" als "Gefährdung des deutschen Volkstums" herauszustellen? Das "ökologisch", mit dem die Rechten herumhantieren, wird genauso nur benutzt, wie das "sozial(istisch)" oder "christlich" in den uns geläufigen Kürzeln.

Es sei betont, daß auch bei den Rechten verschiedene gesamtgesellschaftliche Auffassungen herrschen. So unterscheiden sich die sich besonders "ökologisch" gebenden Gruppierungen von anderen (z.B. den militanten) sehr stark bezüglich Führerkult, Deutscher Frage, Verhältnis zum westlichen Bündnis, Dialogbereitschaft mit dem Osten, Militarismus, Parlamentarismus usw.... Dafür ist man sich in anderen prinzipiellen Punkten sehr einig. Deshalb meint Michael Kühnen, "daß diese Gruppen wieder in den Schoß der Gesamtbewegung zurückkehren und daß wir (die militanten Neonazis; d.Verf.) dann von den intellektuellen Leistungen, die durchaus in den letzten Jahren vollbracht worden sind, profitieren können."

Von Stimmenverlusten der Rechten bei Wahlen oder niedrigen Prozentzahlen darf man sich nicht täuschen lassen. Ihre Einflußmöglichkeit ist weiterhin vorhanden, und es besteht keine Veranlassung, diese latente politische Kraft zu unterschätzen oder herunterzuspielen. Der Durchsetzung ihrer Argumente zur Verwirklichung ihres Weltbildes ist demnach ständig entgegenzuwirken.

So sind auch ihre "ökologischen" Beweggründe äußerst kritisch aufzunehmen, damit Umweltschutz nicht als Begründung für die "Reinhaltung der Rasse" oder die "Beseitigung unwerten Lebens" mißbraucht werden kann.



Knollenblätterpilz, gemeiner Bräunling, sehr giftig - aber genießbar!

Keine öffentlichen Räume und Plätze für Faschisten!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die unterzeichnenden Oberhausenerinnen und Oberhausener bitten Sie für die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung um die Aufnahme von nachfolgendem

Bürgerantrag

gemäß Gemeindeordnung §6, in Anlehnung an einen entsprechenden Ratsbeschluß der Nachbarstadt Essen vom 21.10.87 und mit dem Hinweis auf Artikel 139 des Grundgesetzes:

- * Nachdem die zunehmende Ausländerfeindlichkeit von rechtsradikalen Schlägern zu brutalen Angriffen auf tamilische Asylbewerber genutzt wurde,
 - * nach dem Brandanschlag durch Neonazis auf die Bewohner eines besetzten Hauses,
 - * nach der Entdeckung von privaten Waffenlagern in Sterkrade mit engen Verbindungslinien zur FAP;
 - * nach der Aufdeckung, daß alte und neue Nazis auch in Oberhausen ihre "Wehrsportgruppen" üben lassen,
 - * nach dem Versuch eines bundesweiten Skinheadtreffens am 2. Mai 87 in unmittelbarer Nähe des Rathauses unter dem Motto "Spaß in Oberhausen, Jagd auf Türken",
 - * nach dem wieder verstärkten öffentlichen Auftreten der NPD unter anderem mit einem Stand in der Innenstadt und
 - * nach der Androhung durch die NPD, ihren nächsten Landesparteitag in der Luise-Albertz-Halle durchführen zu wollen
- erklärt der Rat der Stadt Oberhausen, daß er nicht bereit ist, faschistische Aktivitäten zu dulden. Insbesondere beauftragt er deshalb die Verwaltung
- 1.) neofaschistischen Gruppierungen und namentlich der NPD, DVU und FAP keine städtischen Flächen zur Sondernutzung (Informationsstände, Kundgebungen) zu überlassen
 - 2.) diesen Gruppierungen die Nutzung von Plakatflächen gerade auch vor Wahlen durch die Städtereklamé zu untersagen
 - 3.) weder der NPD, DVU, FAP noch ihren Hilfsorganisationen städtische Räumlichkeiten für Treffen, Veranstaltungen oder dergleichen zur Verfügung zu stellen.
- Der Rat der Stadt Oberhausen weist die mit der Stadt Oberhausen verbundenen gastronomischen Betriebe wie z.B. die Stadthallen GmbH darauf hin, daß sie solchen Gruppierungen eine Vermietung oder Nutzung von Räumlichkeiten zu verweigern haben. Der Rat der Stadt weist schon heute darauf hin, daß Kandidaturen von faschistischen Organisationen bei den kommenden Kommunalwahlen unzulässig sind.

ANTIFASCHISTISCHES
FORUM
OBERHAUSEN



Unterschiedene Listen bitte an das Antifaschistische Forum Oberhausen:
zum Beispiel - Druckluft, Am Förderturm 27 - Fabrik K14, Lothringerstr. 64
- Fraktionsbüro der BL, im Rathaus

Aufruf der Autonomen Gruppen im ANTIFASCHISTISCHEN FORUM
OBERHAUSEN:

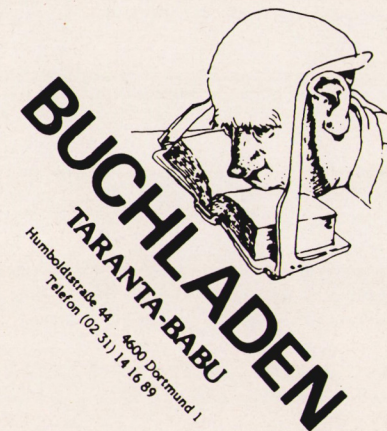
DEN NAZIS KEINEN FUSSBREIT

"Die NPD will ihren diesjährigen Landesparteitag zwischen April und Juni in Oberhausen durchführen. Zu diesem Zweck beabsichtigt sie, die Luise-Albertz-Halle oder einen anderen öffentlichen Raum anzumieten. Um dies zu verhindern stellt das Antifaschistische Forum/Oberhausen umseitigen Bürgerantrag an den Rat der Stadt. Bei Annahme und Anwendung des Antrags wären Handlungs- und Propagandamöglichkeiten der Faschisten in Oberhausen eingeschränkt. Wir halten es aus taktischen Gründen für sinnvoll, Anträge wie diesen an die herrschenden Kräfte zu stellen. Die jüngste Vergangenheit hat aber deutlichgemacht: Die SPD hat kein ehrliches Interesse am Unterbinden faschistischer Aktivitäten: Am 2. Mai fand in Oberhausen ein bundesweites Skinhead-Treffen statt, das nur durch den Widerstand von ausländischen und deutschen Antifaschisten zerschlagen werden konnte. Zur Zeit finden noch Prozesse gegen die Antifaschisten (!!) statt. Im Oktober wurde ein NPD-Informationsstand mit Genehmigung der Stadt auf der Marktstraße organisiert. Die herrschenden Kräfte in Oberhausen und überall in der BRD gehen, wenn überhaupt, nur gegen die offensichtlichsten Formen faschistischer Hetze vor, um sich in der Öffentlichkeit nach rechts abzugrenzen und den demokratischen Schein zu wahren. In Wirklichkeit besteht eine enge Verwandtschaft von neofaschistischer Hetze und staatlicher Politik und Propaganda. [...]

Sollte der Antrag nicht angenommen werden, bedeutet das für uns:

VERHINDERN WIR DEN NPD-LANDESPARTEITAG
aus eigenen Kräften
IN OBERHAUSEN UND ÜBERALL IN NRW !"

ANZEIGE



Reaktionäre bis faschistische Praxis

Nur zur Erinnerung, was die Leute von der Mitte bis zu den Faschisten sich zur Ausländer- und Asylpolitik einfallen lassen, ein paar Zitate:

"Wir wissen, daß dem weiteren Zuzug Grenzen gesetzt sind....Deutschland, unser Vaterland, ist ein schönes Land, und so wollen wir es uns erhalten."-(KOHL)

"Wir sollten uns sehr überlegen, ob wir im Herzen Europas zu all den Schwierigkeiten, die wir haben, noch leichtfertig einen Vielvölkerstaat entstehen lassen sollten."(R.HERZOG)

"Aber ich wiederhole: in der jetzigen Situation würden wir den Ausländern, die zusätzlich in die BRD kommen wollen, einen Bürodienst erweisen, wenn wir eine unkontrollierte Einwanderung weiter zulassen würden. Dies würde zu Enttäuschungen und sozialen Spannungen führen müssen."(H.GEISSLER)

"Revolutionen sind ja immer dadurch zustande gekommen, daß Probleme nicht rechtzeitig angegangen und gelöst worden sind...Und ich finde, die Unfähigkeit der vergangenen Jahre....z.B. mit dem Problem der Scheinasylanten fertig zu werden, daß man sich gescheut hat, richtige, notwendige Maßnahmen zu treffen, ist eine Ursache für eine öffentliche Stimmung, die sich nun gegen ausländische Arbeitnehmer richtet..."(H.GEISSLER)

"Sie kommen aus immer fernerer Ländern, aus den ärmsten und unterentwickelten Regionen der Erde...Sie kommen aus den verschiedensten Gründen. Unter ihnen sind Rebellen und Revoluzzer. Werden sie ihre Bomben nun in unseren Städten werfen...? Sie kommen bisweilen auch, weil sie zuhause hungern. Sie essen unser Brot und wohnen unter unserem Dach. Wird ihnen das reichen? Oder werden sie mehr haben wollen? Unsere Frauen, unsere Arbeitsplätze, unser ganzes Hab und Gut?"(O-Ton FAP)

Wie sehen Flüchtlinge die Lage im bedrohten Deutschland?

Einer der bei den Kämpfen um die Auflösung des Heilbronner Sammelagers beteiligten Araber faßt seine Eindrücke u.a. so zusammen:

"Wir kamen in die BRD, weil wir dachten, daß dies ein demokratisches Land sei, das die Flüchtlinge beschützt. Aber als wir hier waren, haben wir das genaue Gegenteil erfahren - was wir erleben ist faschistisches Handeln...Wir fragen, warum ein solcher Unterschied gemacht wird zwischen Flüchtlingen aus kommunistischen und aus nicht-

kommunistischen Ländern. Z.B. bekommen Flüchtlinge aus kommunistischen Ländern Wohnungen in der Stadt und müssen nicht in Lagern außerhalb der Stadt leben...Wir und auch die anderen Flüchtlinge kommen nicht in die BRD, um reich zu werden oder Geld zu sammeln, wie viele Deutsche hier denken. Viele von uns arbeiteten oder studierten an Universitäten. Dies alles haben wir verlassen, um uns vor Bestrafung, Gefängnis und Tod zu retten."

Die politische Situation in der BRD und Westberlin, der augenscheinlich entwickelte Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit erschweren die Lage der Flüchtlinge. Viele verstehen nicht, wie in einem Land, das nach dem zweiten Weltkrieg reichlich Flüchtlingseleid kennengelernt hat, obwohl es heute reich ist, Zwangsunterbringung der Flüchtlinge in Sammelagern vorkommen kann, wo Flüchtlinge zwangsläufig der primitivsten Lebensmöglichkeiten und der Möglichkeit der politischen Arbeit beraubt werden.

Lager machen krank: Aus einem psychologischen Gutachten, das aufgrund mehrmonatiger Untersuchungen in einem Tübinger Sammelager entstanden ist, geht hervor, daß mehr als 60% der Flüchtlinge dort unter Depressionen, allgemeiner Niedergeschlagenheit, Schlaflosigkeit, Antriebshemmungen und völliger Apathie bis zur Bewegungs- und Reglosigkeit leiden. Mehr als 50% der Insassen leiden unter seinem oder mehreren der folgenden Symptome: Appetitlosigkeit, Kopfschmerzen... Dabei gilt das Tübinger Lager noch als eines der besseren.

Lagerordnung im Stadtkreis Heilbronn. Es ist verboten, zu kochen, zu arbeiten, sich ausbilden zu lassen, den Stadtkreis Heilbronn zu verlassen, nach 22 Uhr Besuch zu haben....70DM Tachengeld im Monat für Seife, Hautpflegemittel, für den Brief in die Heimat, fürs Telefon, für Zigaretten....10DM Strafe bei Nichtabholung der Essenmarken. 20DM Strafe bei Nichtbefolgen des Putzdienstes. Noch einige andere Nettigkeiten, diesmal aus dem Norden, aus Kiel: Das Einkaufsbuch, mit dem man nur in bestimmten Läden (COOP) in der Nähe der Unterkünfte zu festgesetzten Zeiten und im Beisein eines Angestellten des Sozialamtes ein kaufen kann. Von den 339 DM monatlich, die ein Asylbewerber früher ausgezahlt bekam, als Alleinstehender oder als Haushaltsvorstand, verbleiben jetzt als Taschengeld 124 DM. Die restlichen 215 DM erhält er als Guthaben in seinem "Einkaufsbuch".

Diese Horrorliste ließe sich beliebig verlängern. Aber die Flüchtlinge nehmen dies nicht tatenlos hin. Ansätze einer Flüchtlingsbewegung für sich werden sichtbar.

(FLÜCHTLINGSKOMITEE DATTELN)



Antifaz
Antifaschistische Zeitung
Verbot der F.A.P.

- gibt's zu kaufen:

RECKLINGHAUSEN

- Attatroll-Buchladen
- Van-Ahlen-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostl.
- Wurzel-Naturkostl. (Re-Süd)
- Drübelken-Kneipe
- Grauzone-Kneipe
- Acht-Acht -Kneipe
- Altstadttschmiede
- Autonomes Zentrum
- Grünes Büro

MARL

- Bücherladen
- Die Mühle -Kneipe

Dorsten

- Bioladen "Kuckucksei"

Herten

- Büchereule
- Bioladen

Dortmund

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Cafe Samowar
- Taranta Babu-Buchladen



INFO:

Veranstaltung zum Asylrecht des Flüchtlingskomitees

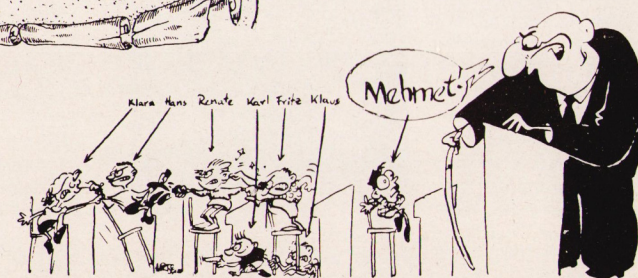
Datteln

Unter dem Motto "Harmonisierung des Asylrechts in der Europäischen Gemeinschaft" wird die Abschottung Europas vorangetrieben.

Gleichzeitig sorgen Gesetzesmaßnahmen und Polizeiaktionen dafür, daß es immer schwieriger wird, eine politische Flüchtlingsarbeit zu machen, ja auch nur über Fluchtgründe aufzuklären.

Dies möchten wir am Beispiel Kurdistan zeigen.

Ort:	Datteln, "Arche", Pahlenort	24
Zeit:	13. April 1988,	20.00 Uhr



Ausländer lassen sich im Unterricht nicht integrieren.

Antifaz:Ulrich, wir haben aus verschiedenen Presseveröffentlichungen erfahren, daß Du 12 000 DM an den Rechtsanwalt des F.J.Strauß zahlen sollst.Hintergrund sind die sogenannten "Straußprozeße", die Du als ehemaliger Geschäftsführer der Volksfront führen mußt.Erzähle uns bitte, wie es im einzelnen dazu kam.

Ulrich:Gründe und Anlaß für diese Sachen, die Du erwähnst, liegen lange zurück, schon acht bis neun Jahre.Es handelt sich um den Bundestagswahlkampf 1980, als Strauß für das Amt des Bundeskanzlers kandidierte.Die Volksfront und andere, die damals zu Recht gegen Strauß mobilisierten, hatten sich damals zur Wahl gestellt, um Antifaschisten und Straußgegner zu mobilisieren und zu organisieren, und haben im Rahmen dieses Wahlkampfes verschiedene Publikationen herausgebracht.Es gab u.a. eine Plakatserie "Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg", eine Broschüre "Stoppt Strauß"; es gab andere Plakate, die sich mit Problemen der inneren Sicherheit, Demokratieabbau usw. auseinandergesetzt haben.Als erstes kam damals das Plakat mit dem Hauptthema "Stoppt Strauß" heraus.Um die Gefahr deutlich zu machen, war dort Strauß als Stier karikiert, und dieses Plakat wurde in einer bundesweiten Aktion beschlagnahmt.Nach kurzfristiger Aufhebung nach Einspruch ist es dann in der Folgezeit gegen viele Antifaschisten und Straußgegner in der Volksfront und darüber hinaus gegen viele, die geholfen hatten, zu Prozessen gekommen.

Wir haben bei Gericht versucht zu erreichen, daß ein Freispruch möglich ist, weil wir glaubten, daß eine Karika-

tur, eine Meinungsäußerung, grundsätzlich garantiert sei.Und angesichts der Tatsache, mit welchen tatsächlichen Beleidigungen, Verleumdungen und politischen Diffamierungen Strauß selber gegen Gegner arbeitet, ist das, was wir gemacht haben, im Grunde relativ harmlos.Gut, wir haben immerhin erreicht, daß eine Parole wie: "Stoppt Strauß. Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg", die angeblich Strauß in plumper Weise mit dem Faschismus in einen Topf würfe, freigesprochen wurde auf dem Plakat, aber der Stier als eine "Überzeichnung" mit 1000 DM Geldstrafe geahndet wurde.

Es gab gleichzeitig am Anfang ein zweites Verfahren, in dem praktisch alle anderen Publikationen der Volksfront ebenfalls unter Strafe gestellt wurden, und zusätzlich eins der weiteren Plakate, nämlich das Plakat zum Thema "Antifaschismus und Demokratieabbau", welches die Parolen beinhaltete:

"Verhindert ein neues 33!Schluß mit den Berufsverboten!Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat!" In diesem zweiten Verfahren ist es jetzt endlich nach acht Jahren und vielen Instanzen zu einer Entscheidung gekommen.



Antifaz:Ulrich, kannst du uns einige wesentliche Stationen dieses Verfahrens zusammenfassen?

Ulrich:Es gab also eine erste Instanz vor dem Amtsgericht. Da ging es um eine "Stoppt Strauß"-Broschüre, wo zu allen möglichen Politikbereichen, die Strauß betreffen, Darstellungen waren; Enthüllungen über seine Haltung zu Faschisten im In- und Ausland, seine Haltung zum Thema Krieg und Frieden und andere Dinge.Wir haben in erster Instanz erreicht, daß in dieser Broschüre nur ein Satz: "Strauß ist einer der schlimmsten Kriegshetzer" übrigblieb von allen Anklagen.Der wurde mit 300 DM Geldstrafe geahndet. Für uns war das ein Grund - weil wir alle anderen Dinge erreicht hatten zu sagen, wir nehmen das Urteil hin.

Allerdings muß man sagen, daß die Gegenseite mit 300 DM für dieses ganze Bündel unzufrieden war.Dadurch kam es zu einer ersten Berufungsverhandlung vor einer Kammer des Landgerichtes Dortmund.Vor dieser Kammer haben wir das Urteil des Amtsgerichtes noch einmal bestätigt bekommen.Daraufhin gab es eine erste Revisionsverhandlung beim Oberlandesgericht Hamm, die die Gegenseite angestrengt hatte. Das OLG hat gesagt, das Urteil sei so nicht hinzunehmen, und hat es zurückgegeben an eine andere Kammer des Dortmunder Landgerichtes. Diese hat das ganze zusammengezogen und gesagt, sie verurteile Herrn Leicht in dem Verfahren, in dem er schon verurteilt ist, und in diesem zusammen zu 1200 DM, und er kriegt 200 DM für den "Kriegshetzer". Das war also noch schlimmer für das Oberlandesgericht Hamm.Das hat dann auch in einer zweiten Berufungsverhandlung gesagt, daß es so nicht ginge mit diesen Gerichten in Dortmund, und hat verfügt, daß die Verhandlung erneut an ein anderes Landgericht verwiesen wurde.Man verwies an das Landgericht

Hagen. Wir wußten von vornherein, daß es vor dem Landgericht Hagen fast unmöglich war, nochmal das Gleiche durchzufechten, und es war im Grunde auch durch das Oberlandesgericht formuliert, wie die Entscheidung auszusehen hätte. Und genau so ist sie auch getroffen worden: Das Landgericht Hagen verurteilte mich dann zu insgesamt 1200 DM Geldstrafe.

Antifaz:Ulrich, nun einige Fragen zur augenblicklichen Situation in unserem Land. Ist der Einfluß von Strauß und der von ihm repräsentierten politischen Kräfte heute größer oder geringer als 1980 zur Zeit der Strauß-Kandidatur?



Ulrich:Wir sind ja damals angetreten gegen Strauß, weil wir in seiner Kandidatur ein Zeichen und Signal gesehen haben für eine gesellschaftspolitische Wende.Augenfällig ausgedrückt im damaligen Regierungswechsel.Aber eine Wende als Prozeß, wo unter schwierigen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen durchgesetzt wurde, daß Dinge, die Strauß z.B. in seiner Sonthofener Rede vertreten hat, z.T. Bestandteile der Politik geworden sind.Daß z.B. das soziale Netz heute nicht mehr so eng geknüpft sein darf.Es gibt ja kaum Reformfortschritt; so gut wie gar nicht mehr, sondern es wird alles zurückgetrieben. Das sind Dinge, die Strauß ja auch gesagt hat: In

der Situation der Krise könne der Sozialstaat nicht für alle da sein, es komme mehr auf Eigenverantwortung an.Ja und das merken wir heute.Überall müssen wir richtig Geld lohnen, wo wir früher in der Tat eine soziale Absicherung hatten. Es gab in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einen Wandel. Schulwesen, Bildungspolitik, all das wurde unheimlich zurückgeschraubt. Ich habe z.B. Kontakt mit Max von der Grün, der erzählt mir, er bringt heute kaum seine Romane, z.B. beim WDR, als Verfilmung n durch.Da versuchen sie, hinten und vorne zu streichen. Das ist ein Klima, wo man um jeden Angriff, den man startet - in der Literatur auch - ,der den Herrschenden un bequem sein kann, unwahrscheinlich kämpfen muß. Also, in all dem wird es schon deutlich, daß wir eine gefährliche Zeit haben.Dinge,

die Strauß damals angekündigt hat, für die er auch stand, vor denen wir gewarnt haben, gehören heute fast zum Alltag.

Antifaz:Vor kurzem ist F.J.Strauß nach Südafrika gefahren. Das hat hier zu einigen politischen Aufregungen geführt. Welche Bedeutung mißt du dieser Strauß-Reise nach Südafrika bei; in diesem Zusammenhang auch den Äußerungen des Bundespräsidenten v.Weizsäcker, die er in den letzten Tagen zu Südafrika gemacht hat?

Ulrich:Strauß weiß, daß bestimmte Kreise in der Bundesrepublik, die er politisch auch vertritt, großes Interesse an Südafrika, an Namibia, an Togo und anderen Staaten haben; er ist da gern gesehener Gast - bei gewissen einheimischen Leuten -, die aber nicht das Volk und dessen Interessen repräsentieren. Für uns ist wichtig, daß wir erkennen: in diesem Regierungslager gibt es auch Differenzen, die man kennen muß, damit man weiß, von wem man was zu erwarten

hat.Man muß nicht unbedingt begeistert sein von der 8.Mai-Rede, die v.Weizsäcker gehalten hat, aber man muß feststellen, was bestimmte Leute in der CDU formulieren: Es gibt gemäßigte konservative Kräfte, die - wie man sagt - vielleicht die "Modernisierung dieser Bundesrepublik" unter "Berücksichtigung der neuen technologischen Entwicklungen" anstreben: Geißler, Süßmuth, Blüm, Späth oder Biedenkopf. Daneben gibt es auch, wenn auch nicht durchgehend, eine harte "Stahlhelm"-Fraktion um Dregger, Strauß und andere.

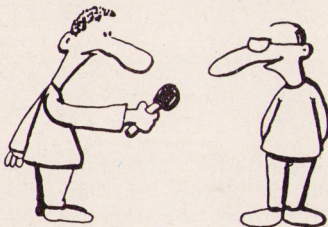
Die Wende war nicht so einfach, wie sich vielleicht auch mancher von uns gedacht hat, daß es dann am nächsten Tag und in den nächsten Jahren rabenschwarz sein würde. So einfach war es nicht.Es gibt ja auch gesellschaftliche Kräfte, die dagegenstehen, und die auch nicht so ganz erfolglos gekämpft haben. Ich denke z.B. an den Widerstand der Gewerkschaften, die doch bestimmte wichtige Positionen wie die Arbeitszeitverkürzung errungen haben.



Dieser Kampf zwischen den Kräften der Reaktion und denen des Fortschritts, der hat auch Rückwirkungen ins Lager der Konservativen. Es gibt Leute, die sagen, man muß noch schärfer, also mit einer noch härteren Gangart vorgehen, und andere, die sagen, daß sie diese integrieren könnten. Und ich glaube, diese Auseinandersetzung um dieses

Potential wird auch deutlich in solchen Haltungen wie der v. Weizsäcker's; während Strauß oder andere da überhaupt keine Skrupel haben. Das ist interessant für den Aspekt, der uns ja als Antifaschisten auch interessiert, weil es diese rechtliche, diese härtere Fraktion ist, die heute in vielen Dingen Berührungspunkte und Kontakte zu faschistischen oder quasi-faschistischen Kreisen in der BRD pflegt.

Antifaz: Ulrich, unsere letzte Frage bezieht sich auf deine ganz persönliche Situation. 12000 DM sind kein Pappentstiel, die du mit Sicherheit allein nicht bezahlen kannst. Was können wir als antifaschistische Zeitung dazu beitragen, daß eine Solidaritätsbewegung entsteht?



Ulrich: Es ist sicher schwer, nach acht Jahren die Sache nochmal so in den Mittelpunkt zu rücken. Man hat eine gewisse Distanz. Und heute kommen diese Riesenbeträge sozusagen in letzter Minute. Erstmal muß ich sagen, daß inzwischen schon in den anderen Verfahren bis jetzt mit meinen eigenen Anwaltskosten weit über 10000 DM aufgebracht werden mußten. Das erreichte im wesentlichen

eine Organisation, in der ich auch Mitglied bin, die Rote Hilfe.

Was ich übrigens ganz toll finde, denn das sind nicht sehr viele. Aber hier helfen wenige irgendwie ganz viel, und das kann ich gar nicht genug empfehlen, dies tatsächlich zu würdigen. Ohne solche Art Organisation wäre mancher hier bei uns, glaube ich, alleingelassen.

Das andere ist, das habe ich auch gespürt, daß ich auch von wildfremden Leuten angerufen und ihrer Solidarität versichert wurde; der Tenor des Urteils wurde ja auch in der Bildzeitung abgedruckt. Darüberhinaus werde ich von verschiedenen Organisationen wie der Volksfront und der VSP unterstützt, welche Solidaritätskonten eingerichtet haben. Eins möchte ich hier bekanntgeben: **Rote Hilfe e.V. Postgiroamt Dortmund 191100-462**

Antifa: Ulrich, wir danken dir für dieses Gespräch und hoffen durch seine Veröffentlichung, einen kleinen Solidaritätsbeitrag leisten zu können.

Veranstaltung des Recklinghäuser Frauenplenums zum 8. März

Anläßlich des Internationalen Frauentages fand in der Altstadtschmiede eine mit über 100 Menschen sehr gut besuchte Veranstaltung des Recklinghäuser Frauenplenums statt. Im Recklinghäuser Frauenplenum sind inzwischen 15 unterschiedliche Frauengruppen zusammengeschlossen. Schwerpunkt der Veranstaltung war die Fortsetzung des Kampfes gegen das geplante Beratungsgesetz zum § 218.

Nachdem Eva Prausner die Veranstaltung eröffnet hatte, lasen zuerst zwei Schauspielerinnen des Ruhrfestspielensembles Szenen aus Friedrich Wolfs Stück "Cyankali" (1929), das von dem tödlich endenden Abtreibungsversuch einer Frau handelt, die durch die Unmenschlichkeit des § und die "Ehrbarkeit" ihres Arztes in den Tod getrieben wird.

Anschließend referierte Brigitte Hanisch von der "Pro Familia", welche Auswirkungen das geplante Beratungsgesetz hat: Es soll die Frauen schrittweise in die Lage der im Stück "Cyankali" beschriebenen Frauen zurückversetzen!

In einer sehr engagierten Diskussion, die sich vor so manchen Männerdiskussionen durch ihre große Toleranz und Gelassenheit gegenüber



Andersdenkenden ausgezeichnete, wurden zahlreiche Fragen angesprochen. Besonders hervorgehoben wurde, daß die Sozial-schwächsten noch mehr ins Elend gedrängt würden, wenn der Abbruch weitgehend verunmöglicht wird. Hervorgehoben wurde auch, daß vor allem die äußerst rechts einzuordnende Gruppe der sogenannten Lebensschützer seit Jahr und Tag gegen die Abtreibung zu Felde zieht, schon seit geraumer Zeit Schulter an Schulter mit den offenen Neonazis von der NPD, welche ihren Kampf gegen Abtreibung nahtlos verknüpft mit der Hetze gegen die geburtenstarken "Türkenfamilien"; diese bekämen zimal soviel Kinder. Die "deutsche Frau", welche abtreibt, schade der Volksgesundheit und unterstütze die "Überfremdung durch Türkenblut".

Frau (und Mann) war sich einig: Dagegen muß eine breite Gegenoffensive aufgebaut werden.

Pinwand

TERMINE FÜR RE

Amnesty international veranstaltet

WOCHE DER MENSCHENRECHTE

(unterstützt vom Komitee "FREIHEIT FÜR SARGIN UND KUTLU")

12.-22. April: Ausstellung türkischer Künstler im Recklinghäuser Rathaus (Eröffnung: 12.4.88, 15.00 Uhr, Bürgermeister Welt)

14. April: Informationsveranstaltung zum Thema "MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI", 19.00 Uhr, Evangelische Akademie, Limperstraße

15. April: Türkisch-Deutsches Kulturfest, Beginn: 19.00 Uhr, Ort: Ev. Gemeindesaal an der Magdaleenstr. (Musik, Theater, etc.)

5. April: Treff des Komitees "FREIHEIT FÜR SARGIN UND KUTLU" 19.00 Uhr, Altstadtschmiede

26. April: Diskussionsveranstaltung des "ANTIFASCHISTISCHEN ARBEITSKREISES HERNE" (Fortsetzung "Nazis kotzer uns an"), 19.30 Uhr, Ort: Flottmannhallen

1. Mai: Politisches Kulturfest in Recklinghausen, 10.00 - 22.00 Uhr, Festspielhügel (Stände des AFB und von Antifaz)



ADRESSEN

Autonomes Zentrum RE
"Krim" RE Münsterstr. 2a
02361/15698

Türkischer Arbeiterverein
RE Marienstr. 4
02361/62564

Frauenzentrum
RE Am Lohtor 1
02361/15457

Deutsch-Türkischer Verein
RE Am Steintor 5
02361/17483

Demokratische Fraueninitiative (DFI)
c/o Waltraud Weber
RE Hillen 15
02361/47697

Antifaschistischer Bund (AFB) RE
Altstadtschmiede, RE Kellerstr. 10
02361/21212 (FR 18 h)
c/o W. Tschentscher
RE Michaelstr. 14
02361 / 71 801

HOLZWURM
RE Münsterstr. 2a
02361/15698

Die Grünen RE
Fraktion Rathaus, Z. 117
02361/587462 (MO-FR 9-13 h)

Jungsozialisten in der SPD
Stadtverband RE
Paulusstr. 45
02361 / 29329

Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
c/o Martin Uphoff
RE Tiefer Pfad 29
02361 / 15323